

Kamener Zeitung

Ersteinst an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamazeile oder deren Raum 25 Pfennig, 1. 1. 14.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage Für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig. 1. 1. 14.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 28.

Donnerstag, den 5. März 1914.

42. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

Sitzung vom 2. März.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die neue Besoldungsabstimmung. Auf Antrag des Abgeordneten Spahn (Ztr.) wird sie ohne Erörterung sofort der Budgetkommission überwiesen, ebenso die beiden neuen Nachtrags- etats für die Schutzgebiete. Darauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Postetats ein.

Abg. Ebert (Soz.):

Die Post hat 11 Millionen Mark weniger in der Etat eingestellt als im vorigen Jahre. Man hat augenscheinlich auf die fortgesetzte ungünstige Konjunktur Rücksicht genommen. Gleichwohl ergibt sich ein Ueberschuß von 100 Millionen Mark. Das zeigt, daß die Post noch immer, entgegen ihrer wirklichen Bestimmung, fiskalische Interessen verfolgt. Die Postbestellung auf dem Lande läßt noch immer zu wünschen übrig. Die Postbeförderung hat sich verschlechtert. Mit der Entwicklung des Zeitungsverkehrs hat die Post nicht Schritt gehalten. Die Presselegatime sind zu teuer. In dieser Beziehung bleibt Deutschland hinter allen Kulturländern zurück. Die Einführung des einheitlichen Weltpostos wird immer dringlicher. In der Kabener Postaffäre gab der Staatssekretär ganz merkwürdige Erklärungen. Oberst von Reuter hat vor dem Kriegsgericht die Kabener Post eines Amtsverbrechens beschuldigt. Die Verwaltung nahm die Beschuldigung so ernst, daß sie eine Untersuchung einleitete. Diese ergab, daß keine Verbrechen vorliegen, also kein Verbrechen begangen wurde, daß nur der kaum nennenswerte Tatbestand übrig blieb, daß dem Obersten einige nicht ganz einwandfreie Karten nicht ausgeliefert wurden. Wie viel Schmachkarten erhielt mein Freund Scheidemann, als er hier den Präsidentsessel zierete! Die Postverwaltung begünstigt sich mit der Erklärung des Obersten, er habe nicht die Absicht gehabt zu beleidigen. Vor einem mächtigen Herrn steht die Postverwaltung stramm, schlägt die Hacken zusammen und gibt ihre Beamten kläglich preis. (Vizepräsident Dove erhebt sich und ruft: „Sie zu mächtigen.“) Gegen die begründeten Petitionen der Beamten verhält sich die Postverwaltung ablehnend. Die Dienstordnung bedarf dringend der Reform. Wir verlangen Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Beamten. Die Ostmarkenzulagen lehnen wir wieder ab.

Staatssekretär Kräfte:

Ich muß ernstlich Widerspruch erheben, wenn behauptet wird, ich wäre für meine Beamten nicht eingetreten und hätte sie kläglich preisgegeben. Es ist eine Uebertreibung, sonderbar, wenn gesagt wird, der Oberst von Reuter habe die Postbeamten des Amtsverbrechens und der Unterschlagung beschuldigt. Der Oberst hat nur erklärt, daß viele Briefe mit beleidigenden Aufschriften bestellbar waren, und Sendungen, in denen sein Vorgehen gelobt wurde, nicht. Diese Behauptungen des Obersten sind durch die eingeleitete Untersuchung erwiesen worden. Wie können Sie also sagen, ich als Chef habe meine Beamten preisgegeben? Besonders merkwürdig ist, daß diese Vorwürfe wegen angeblicher Beleidigung der Beamten von sozialdemokratischer Seite kommen. Schlagen Sie doch an Ihre eigene Brust. (Lebhafte Zustimmung rechts, große Lärme bei den Soz.) Sind nicht von Ihrer Seite häufig die schwersten Anschuldigungen gegen Beamte ausgesprochen worden? (Beih. Widerspruch bei den Soz.) Jawohl, von Ihnen. Da sind Sie nicht so feinsinnig, und da haben Sie Ihre Anschuldigungen nicht widerrufen, obgleich ich gesagt habe, daß sie nicht richtig seien. Jetzt auf einmal aber erklären Sie es für ein furchtbares Verbrechen, wenn der Oberst von Reuter sagt, es seien ihm Postkarten mit schwer beleidigenden Ausdrücken bestellt und Postkarten mit lobenden Aufzeichnungen nicht bestellt worden. (Beifall rechts.)

Abg. Raden (Ztr.):

Der Postetat ist vorzüglich aufgestellt, da die Einnahmen im Herbst hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren. Die Einführung von Postkreditbüchern ist erfreulich. Auch für die mittleren und kleinen Postämter sollen Maschinen eingeführt werden. Das Postgesetz muß noch ausgebaut werden. Die Durchführung der Sonntagsbefreiung muß sichergestellt werden. In Frankreich dürfen Postbeamte unter 18 Jahren nicht angestellt werden. Amerika

geht noch schärfer vor. Die bestehenden Krankenkassen reichen nicht aus. Erfreulich ist die starke Zunahme des Paketverkehrs nach dem Ausland. Sie ist ein gutes Zeugnis für unseren Exportverkehr. Einen schnelleren Geschäftsverkehr brauchen wir nach dem fernen Osten.

Staatssekretär Kräfte:

China ist dem Weltpostverein beigetreten und wird schon in diesem Jahre auf der Madrider Konferenz als Mitglied erscheinen. (Beifall.) Der Verkehr nach dem fernen Osten wird dadurch schneller werden. Mit den Brieftelegraphen gehen wir schneller vor, als andere Verwaltungen. Ihre Aufgabe wird künftig von 5 Uhr an gestattete sein und weitere 28 Meter nehmen an diesem Verkehr teil. Auch im Verkehr mit Österreich und Ungarn soll das Brieftelegraphen eingeführt werden. Den Wunsch nach größerer Verbreitung der Automaten teilt auch die Postverwaltung; die Apparate sind einfallen nur noch ziemlich teuer. Wir wollen das allmähliche Herabgehen der Preise abwarten. Früher kosteten die Automaten 1000 Mark, jetzt sind die kleineren schon um die Hälfte dieser Summe zu haben. Die Automaten sollen auf Bahnhöfen und da, wo eine Ausfüllung möglich ist, aufgestellt werden; wo diese fehlt, ist die Gefahr der Vandalen sehr groß. Die unterirdische Telegraphen-Verbindung mit Köln wird in etwa zwei Jahren fertig sein. Der Postlagerverkehr wird zweifellos zum Briefwechsel benutzt, der von den Angehörigen der Schreiber und Adressaten nicht gewünscht wird. Wenn aber die Beamten erst Ausweisepapiere verlangen sollten, so würde das zu kolossalen Hemmnissen des ganzen Verkehrs führen. Wir müßten unser Personal für den Postlagerverkehr verdreifachen. Aber trotzdem schweben Erwägungen, wie den Mühen abzuheben sei. Den Krankentafeln sind bereits 82.000 Unterbeamte mit 209.000 Angehörigen beigetreten. Die Zahl der weiblichen Beamten wollen wir nicht über das Maß hinaus vermehren. Wir stellen Beamtinnen nur bei Fernsprechämtern ein, in denen ihre Tätigkeit viel nützlicher ist als die der männlichen Beamten. Sie ertragen manche männliche Bemerkung, die beim Telefonverkehr schwer zu vermeiden ist, leichter als die Beamten. Die Vergütungen der Beamtinnen mögen gering sein; aber vielfach handelt es sich um Personen, die sonst gar keine Gelegenheit hätten, etwas zu verdienen. Bei den Zuwendungen an bedürftige Beamte geben wir uns Mühe, nur die ganz Bedürftigen herauszufinden.

Abg. Bed (natl.):

Bei Aufstellung des Etats ist eine maßvolle und berechnete Vorsicht geübt worden. Die Postverwaltung muß leistungsfähig erhalten werden, aber sie muß sich der Interessen des Verkehrs sorgfältig annehmen. Der neue Weltpostkongress sollte das Weltpostrio vereinheitlichen und vereinigen. Auch das Drückporto muß wieder billiger werden. Die zahlreichen Petitionen der Beamten sind wenig erfreulich. Die Beamten müssen ihre Wünsche zunächst ihren Vorgesetzten mitteilen. Wir wünschen aber auch, daß die Postverwaltung diese Wünsche prüft und bald Bescheid darauf gibt. (Sehr richtig!) Die Abgeordneten müssen auch das Recht haben, aus den Beamtenkreisen ihre Informationen zu holen. Die Organisationsfrage soll man nicht verfolgen, sonst treibt man die Leute in die Geheimbünde. Hier muß man mehr dem Zuge der Zeit folgen. Eine Ehre für einen Beamten ist es, wenn seine Mitbürger ihn in die Kommunalverwaltung wählen wollen. Da sollte die Postverwaltung nicht bemühend eingreifen. (Sehr richtig!) Bedenklich ist die Verwendung der Postgehilfen zum Nachdienst. Seit vierzig Jahren werden Gehilfen beschäftigt. Angehörig sind aber die Erfahrungen immer noch nicht abgeschlossen. Wir wünschen endlich einen Entschluß. Ich befürworte unbedingte Anstellung. Die Postagenten wünschen ein gewisses Grundgehalt, eine Zulage nach der Zeit und nach dem Umfange ihres Dienstes usw. Die Tagesgelber der Postboten müssen ausgearbeitet werden, ebenso die Gehälter für den Ferndienst. Der Postanweisungs- und Scheckdienst muß vereinfacht und verschmolzen werden.

Abg. Dr. Hertel (konf.):

Auch wir wollen dem Staatssekretär Anerkennung. Die Postverwaltung ist nicht rückständig, wenn dieser Vorwurf auch in der Presse erhoben wird. Das platte Land wird leider von der Verwaltung als Stiefkind behandelt.

Staatssekretär Kräfte:

Es ist richtig, daß das platte Land bei der Bestellung schlechter wegkommt wie die Großstadt. Aber das ist in den Verhältnissen begründet. Beim Fernsprechdienst auf dem Lande wird berechtigten Wünschen nachgegeben. In den Großstädten gehen wir jetzt mit der Einrichtung des automatischen Fernsprechbetriebes vor. Die Beschäftigung weiblicher Beamten erfolgt nicht in

übermäßigem Umfange. In größerer Zahl werden sie erst seit einigen Jahren eingestellt. Es liegt daher tatsächlich noch nicht genügend Erfahrung vor, um zu entscheiden, ob sie unfindbar angestellt werden sollen. Für die Postagenten haben wir das größte Wohlwollen. Wir haben nichts dagegen, wenn Postbeamte in kommunale Ehrenämter gewählt werden. Der Dienst darf aber darunter nicht Schaden leiden.

Dienstag: Weiterberatung.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 2. März.

Zur Beratung steht das Kommunalabgabengesetz.

Minister v. Dallwitz:

An der Höhe der Gemeindefürsorge ist nicht das Kommunalabgabengesetz schuld, sie ist vielmehr die Folge der ständig steigenden Ausgaben der Gemeinden. Das Kommunalabgabengesetz hat lediglich die Verteilung und Ausbringung der bereits vorhandenen Lasten zu regeln. Die beiden Hauptprinzipien werden nicht angetastet, nämlich erstens der Grundsatz vom „Gleichgewicht von Leistung und Gegenleistung“, und zweitens der Grundsatz, daß auf die Staatsfinanzen Rücksicht genommen werden muß, und daß die Inanspruchnahme der Steuerkraft durch die Gemeinden nur insoweit zulässig ist, als dies ohne Gefährdung unserer Steuerquellen geschehen kann. Die Grenze für die Heranziehung der Realsteuern und der Einkommensteuer durch die Kommunen muß also der Staat beherrschen. Der Entwurf will nun die vorhandenen Lasten in der Heranziehung der Steuerzahler ausfällen und die Bezugszahl von einzelnen Gruppen von Personen aufheben. In erster Beziehung dürfte die Ausdehnung der Beitragspflicht des Fiskus für die Gemeinden von besonderer Bedeutung sein. Dann kommt die Vergrößerung der in einer Mehrzahl von Gemeinden einkommenssteuerpflichtigen Personen in Frage, die darin liegt, daß nicht der dem Einkommen entsprechende Steuerfuß zugrunde gelegt wird, sondern das dem Steuerfuß zugrundeliegende Gesamteinkommen, und daß die Progression für höhere Einkommen in sehr weitgehendem Maße außer Wirksamkeit gesetzt wird. Die Frage, inwieweit für die Teilung der einer Mehrzahl von Gemeinden gemeinsamen Steuerquellen andere Normen aufgestellt werden könnten, die den schwächeren Gemeinden einen höheren Anteil zu sichern geeignet wären, hat zu einer Reihe von Änderungsanträgen Anlaß gegeben.

Abg. v. Jacobi (F.): Die Statistik über die Belastung der Gemeinden ist geradezu erschreckend. Zweifellos sind oft zu luxuriöse Bauten und Einrichtungen getroffen worden, was allerdings bei den kleinen Gemeinden nicht zutrifft. Bei Erweiterung der Erhebung der Beiträge besteht die Gefahr einer Doppelbesteuerung. Zu begrüßen ist es, daß auch der Staat mit seinen Grundstücken zu Steuern herangezogen werden kann. Wir sind gegen die Grundwertsteuer nach dem gemeinen Wert. — Abg. Reil (nationalliberal) stimmt dem Vorschlag zu, die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Der sogenannte Luxus der Gemeinden beruht im wesentlichen auf dem Ehrgeiz der Magistratsmitglieder, die Spur ihrer Wirksamkeit für spätere Tage zu hinterlassen. Besonders auch drücken die enormen Volksschulden die Gemeinden. Der Entwurf hat sehr viel Gutes, aber verschiedene Unbequemlichkeiten müssen noch aus ihm entfernt werden. — Abg. Wermeling (Ztr.): Wir sind stolz darauf, daß es bei uns nicht so ist wie in Frankreich, wo in dem Wasserlopp Paris sich so ziemlich das ganze Leben der Nation konzentriert. Es gibt neben der Landstadt auch eine Stadt aus den kleinen Städten, die den großen Städten zugute kommt. Die Gemeinden müssen sparsamer wirtschaften, namentlich muß der kleine Mann gespart werden. — Finanzminister Dr. Lenke: Ohne die tatkräftige Arbeit der Gemeinden wären wir in Preußen auf kulturellem Gebiete heute lange nicht so weit wie wir es sind. (Beih. Zustimmung links.) Der Staat hat jetzt ganz freiwillig sein Grundeigentum viel stärker als bisher der Gemeindebesteuerung unterstellt, und dies kommt besonders den Land- und kleinen Gemeinden zugute. Man hat die Umschulung als höchst ungerecht für den Grundbesitz erklärt. Die Neuordnung der Wertzuwachssteuer entlastet jedoch die Grundbesitzer erheblich, und das Gesetz beruht darauf, daß diejenigen, die in der Gemeinde erwerben, auch zur Gemeindesteuer herangezogen werden. — Abg. Vredt (F.): Eine Ursache der starken Steuerbelastung in den Gemeinden ist besonders die Bodenpolitik. Die Gemeinden kaufen vielfach Grund und Boden und die Verzinsung muß aus den Steuererträgen aufgebracht werden. — Abg.

Cassel (Sp.): Das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden in der Gestaltung ihrer Finanzen darf nicht eingeengt werden. Für eine Begünstigung der agrarischen Interessen sind wir auf keinen Fall zu haben. Wir werden uns bemühen, die fiskalischen Betriebe, z. B. den Eisenbahnbetrieb, auch zu der Gewerbesteuer heranzuziehen. — Abg. Girsch (Soz.): Zu der schlechten Finanzlage der Gemeinden trägt vor allem das Anwachsen der Polizeiausgaben mit bei. Der Staat hätte den Gemeinden neue Einnahmequellen aufweisen müssen. Die Steuerpflicht des Fiskus erkennen auch wir an. Dienstag: Fortsetzung.

Ein deutscher Dampfer von Kabylen angegriffen.

Die Madrider Blätter melden aus Algier: Der deutsche Dampfer „Zanzibar“ ist an der marokkanischen Küste aufgelaufen und von Kabylen angegriffen worden. Der spanische Kreuzer „Extremadura“ und drei Kanonenboote sind von Algier nach der Unfallstelle abgegangen. Einzelheiten fehlen noch.

Der Dampfer „Zanzibar“, Kapitän G. Mitschewer, 1912 aus Stahl erbaut, ist 3502 Registertonnen groß und hat 850 Pferdekraft. Er hat am 19. Februar Hamburg mit der Bestimmung nach Afrika verlassen. Das Schiff gehört zur Hamburger Reederei D'Swald. Die Kiste bei Angora, wo das Schiff aufgelaufen ist, zum größten Teil sandig. Es dürfte, wie die Reederei auf Anfrage mitteilte, sehr schwer sein, an den Dampfer heranzukommen, weil die Kiste von räuberischen Volksstämmen bewohnt ist, die als gefährliche Piraten gelten, so daß angenommen werden kann, daß sie den Versuch machen, das Schiff zu kapern und zu plündern. Einstweilen gilt bei Annäherung spanischer Kriegsschiffe Ladung und Besatzung nicht unmittelbar gefährdet. Von Malta und von anderen Städten des Mittelmeeres sind weitere Bergungsdampfer angewiesen worden, sich zur Unfallstelle zu begeben.

Deutschland.

— Vom nahen Austritt des Reichskanzlers spricht der Abgeordnete Erzberger in Zentrumsblättern. Herr Erzberger meint, der Kanzler habe nicht die Nerven, den Kampf mit den Konservativen um die Reichsvermögenssteuer auszuhalten, und nicht die Energie, ihn niederzuschlagen. Herr von Bethmann-Hollweg habe in der Jesuitenfrage nichts getan, er lasse alles gehen, wie es gehe. Das Zentrum habe kein Vertrauen zu ihm, warum sollte es sich jetzt für ihn erwärmen? Wer nach Herrn von Bethmann komme, könne das Zentrum ruhig abwarten.

Ausland.

Vom Balkan.

— (Said Pascha f.) Said Pascha, der Präsident des türkischen Senats, der in seinem langen Leben neunmal die Würde des Großwesirs bekleidete, ist am Sonntag im Alter von 78 Jahren in Konstantinopel gestorben.

Westfalen u. Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

— Kamen, 5. März. Die Stadtverordneten hatten sich am Dienstag beinahe vollständig zu einer Sitzung eingefunden; es fehlten die Herren Wisman und Friesling. Den Vorsitz führte der Stadtverordnetenvorsteher Herr Direktor Hufmann, der Magistrat war vertreten durch Herrn Bürgermeister Dr. Wiesner, außerdem war Herr Stadtbaumeister Kemna zugegen.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung wurde die

Einführung des elektrischen Stromes beschlossen.

Bekanntlich hatte die Stadtverwaltung den Elektro-Ingenieur und vereidigten Sachverständigen für Elektrotechnik Stahl aus Dortmund aufgefordert, ein Projekt auszuarbeiten für die Anlage der elektrischen Licht- und Kraftversorgung. Herr Stahl hat verschiedene Projekte eingereicht und hält das unten genauer angegebene Projekt C für das geeignetste und empfiehlt dessen Ausführung. Die Anlagekosten für dieses Projekt betragen 157.000 Mark. Vorgezogen ist innerhalb der Stadt Kabelleitung. In der Schul- und Rämmerstraßen-Gasse wird der erste Transforma-

Fürst Wilhelm von Albanien.

vor, der gleichzeitig als Messkammer-Säule verwendet werden könnte, aufgestellt. Dann teilt sich die Leitung und geht einmal in Hochspannung bis zur zweiten Transformatorstation an der Königs- und Dürrenstraße, zum anderen über die Schulstraße, Kirchplatz zur Bahnhofstraße bis zur Heerenstraße zur dritten Transformatorstation, an der Kleinschen Fabrik wird die vierte Station errichtet und eventuell eine fünfte bei Warenbräuer.

Die Versorgung der Stadt mit elektrischem Strom wird von der Zeche „Monopol“ aus mit 5000 Volt im Hochspannungsnetz und 380/220 Volt im Niederspannungsnetz gesehen. Wenn alle die Konsumenten angeschlossen werden sollen, welche Lampen und Motoren angemeldet haben, so sind, nach den Angaben des Herrn Stahl, 5 Transformatorstationen nötig, um stärkere Spannungsabfälle im Niederspannungsnetz zu vermeiden. Kabelleitung ist innerhalb der Stadt vorgesehen mit Rücksicht auf die Lebensgefahr, die geringen Reparaturen und das Städtebild, außerhalb Freileitung. In dem Projekt C ist der Transformator 5 (Warenbräuer) und die Leitung nach Düsselhöft in Südlamen ausgeschrieben. Das Verlegen der Kabel geschieht innerhalb eines 70 cm tiefen Kabelgrabens auf einer 20 cm starken Sandfüllung.

Zu der Rentabilitätsberechnung zu Projekt C, macht Herr Stahl folgende Aufstellung: Nach der Statistik der Ueberlandzentrale rechnet man in landwirtschaftlichen Bezirken mit teilweise armer Bevölkerung für jede angeschlossene Glühlampe 30 Watt und 200 Brennstunden gleich 6 Kilowattstunden Jahreskonsum. In landwirtschaftlichen Dörfern mit wohlhabender Bevölkerung rechnet man für jede angeschlossene Glühlampe 7,5 Kilowattstunden Jahreskonsum. In kleinen Städten dagegen 9 Kilowattstunden. Mit Rücksicht auf die vorhandene Gasanstalt rechnet Herr Stahl mit dem mittleren Wert, also mit 7,5 Kilowattstunden pro Glühlampe. Was die Zahl der angemeldeten bzw. anzuschließenden Glühlampen anbelangt, so rechnet man bei kleinen Städten auf 2,4 Einwohner je eine Glühlampe, das ergibt für Kamen mit einer Einwohnerzahl von 10 500 4470 Glühlampen. (Die Zahl der tatsächlich angemeldeten Glühlampen ist aber noch größer. Die Red.) Angemeldet sind weiter 39 Kleinmotoren und ein Großmotor von 60 PS. für die Maschinenfabrik Klein & Söhne, sowie ein solcher von 40 PS. von dem Landwirt Warenbräuer, der aber bei der Berechnung nicht berücksichtigt wurde. Danach beträgt der Lichtkonsum $4400 \times 7,5 = 33 000$ Kilowattstunden und 63 000 Kilowattstunden Kraftstrom jährlich. Als Stromtarif wird vorgeschlagen für Licht die Kilowattstunde 40 Pfg. und für Kraft 20 Pfg. in Gestalt eines Staffeltarifs, der bei größerem Konsum und größerer Betriebszeit einen entsprechenden Rabatt vorsieht.

Die Einnahmen betragen daher für Licht 33 000 Kilowattstunden $\times$ 40 Pfg. = 13 200 Mark, für Kraft 63 000 Kilowattstunden $\times$ 15 Pfg. = 9 450 Mark, Miete für Zähler $\times$ 8 Mark = 2400 Mark, zusammen 25 050 Mark.

Hierbei sind nicht eingerechnet die event. Einnahmen aus Abnahmegebühren und Installationsgewinnen.

Die Ausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für Strom, Verzinsung, Tilgung, Altern und Entwerten, Reparatur, Gehälter, Werkzeugersatz, Verwaltungsunkosten und vorstehend, wenigstens für die ersten Betriebsjahre, Honorar für einen technischen Beirat. Die Stromkosten wurden berechnet: Die Zeche erhält für die Kilowattstunde 4 Pfg. Hierbei sind aber die Verluste in den Leitungen und Transformatorstationen zu berücksichtigen und Herr Stahl setzt diese vorsichtshalber mit 0,86 an, demnach kostet die Kilowattstunde in Wirklichkeit 6 Pfg. Dann würde sich für 33 000 Kilowatt für Licht und 63 000 für Kraft eine Ausgabe für Strom ergeben in Höhe von 5760 Mk., dazu für Verzinsung und Tilgung 7800 Mark, für Altern und Entwerten 3600 Mark, für Reparaturen 3120 Mark, für Gehälter 3600 Mark, für Werkzeugersatz 200 Mark, für Verwaltungsunkosten 500 Mark, Technischer Beirat 1000 Mark, für Unvorhergesehenes 420 Mark; Summa 26 000 Mark.

Im Projekt ist vorgesehen für die Anlage ein Montagemeister mit 2400 Mark und ein Hilfsmonteur mit 1200 Mark Jahresgehalt. Dieselben sollen, nachdem sie angelernt sind, die Hausinstallationsanlagen abnehmen, das Leitungsnetz in Ordnung halten, die Elektrizitätszähler ablesen und in der freien Zeit die Anlage hinzutretenden Anschlüsse, sowie event. bei der Stadt bestellte Hausinstallationsarbeiten ausführen. Sie würden auf diese Weise den größten Teil des Gehaltes wieder einbringen. Nach der ganzen Aufstellung stehen einer jährlichen Einnahme von 25 000 Mark jährliche Ausgaben in Höhe von 26 000 Mark gegenüber. Mithin würde die Zusage im ersten Betriebsjahr vom 1. Oktober 1914 bis 1. April 1915 voraussichtlich noch 500 Mark betragen, welche nach der Annahme Stahls voll gedeckt werden durch die nicht in die Einnahmen eingerechneten Abnahmegebühren. Die Zusage im zweiten Betriebsjahre (1. April 1915 bis 1. April 1916) wird voraussichtlich nur wenige hundert Mark betragen, welche durch die Abnahmegebühren und die Installationsstätigkeit des Personals voll gedeckt werden. Herr Stahl versichert zum Schluß, daß er der Stadt Kamen die Anlage mit gutem Gewissen empfehlen könne und das Gutachten mit bestem Wissen angefertigt habe.

Herr Direktor Hufmann bemerkt hierzu, daß das Projekt auch von anderer sachmännlicher Seite geprüft worden sei und rechnerisch für richtig befunden wurde. Ueber zweifelhafte Kabelführung müsse man später beraten. Herr Hufmann glaubt die Aufstellung in einem Punkte nicht anerkennen zu können. Herr Stahl habe nicht berücksichtigt, daß 2500 Koloniewohnen in Abzug zu bringen seien, denn die Stadt habe doch ein Interesse daran, daß die in den Koloniehäusern aufgestellten Automaten viel benutzt würden. Die Zeche verdiene bei einem Preise von 4 Pfg. nichts daran und er selbst sei vom Stand-

punkt der Zeche aus gegen diesen Preis gewesen. Wenn anderorts noch geringere Preise genommen würden, so müsse man aber auch die bedeutend größere Abnahme berücksichtigen. Herr Klein erkennt an, daß der Stromlieferungspreis billig sei, aber der Preis von 40 Pfg. für Licht u. 20 Pfg. für Kraft sei zu hoch, da würden weniger angeschlossen. Die Hauptfrage sei doch, daß viel Strom abgenommen würde und dies sei nur bei billigem Preis zu erreichen. Herr Direktor Hufmann erwidert, daß man in Berglanten den gleichen Preis habe und die Berücksichtigung der Zählermiete und man habe dort viel und gern angeschlossen. Es würde doch fraglich sein, ob der Absatz so groß würde, daß bei einem geringeren Preise die Rentabilität balanzieren. Herr Hofius hält den Preis auch zu hoch. Die Stadtverordneten hätten aber doch das Heft in der Hand und könnten, wenn es zweckmäßig sei, immer noch erniedrigen. Herr Direktor Hufmann meint, über Preise könne man später noch reden, jetzt handele es sich um die generelle Annahme oder Ablehnung. Er sei bei den jetzigen Verhältnissen von der absoluten Rentabilität nicht überzeugt, da die Verluste bei der Gasanstalt nicht berücksichtigt wurden. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner nimmt auch an, daß die Gasanstalt darunter leiden würde und ob die Berechnung stimme, sei auch die Frage. Er empfiehlt daher, den Preis vorläufig beizubehalten. Für solche Abnehmer, die sofort angeschlossen, sei irgendein Entgegenkommen am Platze und auch in Aussicht genommen. Die Elektrizität bringe nicht allein der Kleinindustrie, sondern auch den Geschäften große Vorteile. Er bitte um Annahme, besonders da die Zeche ein großes Entgegenkommen bewiesen habe, für das man nur dankbar sein könne. Herr Koebe regt an, anzufügen, ob diejenigen, die angemeldet haben, auch wirklich abnehmen würden. Herr Hofius kann die Bedenken des Herrn Koebe nicht teilen. Es gebe immer vorsichtige Leute und viele Abnehmer würden später doch anmelden und die Stromentnahme würde steigen. Herr Hufmann macht zum Schluß darauf aufmerksam, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die im Projekt C geschilderten Leitungen nach Düsselhöft und Warenbräuer später doch gebaut würden. Bisher seien in Südlamen nur 35 Flammen angemeldet, und da sei eine Kabellegung zu unrentabel. Darauf wird die Einführung des elektrischen Stromes beschlossen.

Im Anschluß an diesem wurde außerhalb der Tagesordnung einem Vertrag mit dem Ingenieur Gutgepfen. Nach diesem soll Herr Stahl die Ausführung resp. Leitung der Kabellegung usw. übertragen werden. Hierfür beantragte Herr Stahl 7200 Mark. Herr Direktor Hufmann bemerkt hierzu, daß diese Summe sich ziemlich hoch ansehe, nach der Gebührenordnung für beratende Ingenieure der Elektro-technik sei diese Forderung aber ziemlich niedrig bemessen. Wenn die Einführung der Elektrizität beschlossen sei, da soll man auch sorgen, daß es vor Winteranfang brenne. Die Sache müsse deshalb mit Hochdruck betrieben werden. Die Stadtverordneten beschließen darauf, den Magistrat zu ermächtigen, mit Herrn Stahl oder einem anderen einen Vertrag abzuschließen, die Kosten dürften aber 7200 Mark nicht übersteigen.

Der Automobilverkehr Heeren-Methler

hat trotz der Anstellung des Kontrolleurs Mehreinnahmen nicht erbracht. Der Magistrat glaubt daher, von seinem am 2. Februar gestellten Beschluß, den Betrieb einzustellen, nicht abgehen zu können. Die Stadtverordneten schließen sich dem an und erklären sich für die Einstellung des Autobetriebes.

Die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 20 000 Mark bei der Städtischen Sparkasse wird darauf beschlossen. Diese Summe soll für die Landbankkäufe in der Mersch in Höhe von 39 000 Mark verwendet werden. Für diesen Zweck sind schon 19 000 Mk. im außerordentlichen Etat bereitgestellt worden.

Die Einnahmen der Kleinbahn Unna-Kamen-Werne

betragen im 3. Vierteljahr (1. Oktober bis 31. Dezember) 66 426 Mk. Dieser Summe steht eine Ausgabe von 39 634 Mk. gegenüber. Der Ueberschuß beträgt demnach 26 792 Mark. Im ersten Viertel des Betriebsjahres betrug er 19 400 und im zweiten Viertel 22 500 Mk. Der Ueberschuß ist nicht gestiegen, diese Schwankungen kommen in jedem Jahre vor.

In die Schuldeputation

müssen 3 Magistratsmitglieder, 3 Stadtverordnete, 3 des Schulwesens kundige Bürger und die 2 rangältesten Pfarrer der evangelischen und katholischen Gemeinden gewählt werden. Der Magistrat hat die Herren Bürgermeister Dr. Wiesner, Beigeordneter Möllenhoff und Stadtrat Mönninghoff gewählt und die Stadtverordneten wählten die Herren Hufmann, Hofius und Heidemann wieder. Von den Bürgern waren bisher die Herren Rektor Siegler, Rektor Küberg und Kaspar Grevel in der Schuldeputation. Herr Rektor Siegler hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Da ein Bedürfnis sich des öfteren herausstellte, daß die Rektoren der Schulen in dieser Deputation sind, hat der Magistrat vorgeschlagen, diese zu wählen, damit Schulfragen von Sachkennern behandelt werden könnten. Die Stadtverordneten wählten die Herren Rektor Steube, Küberg und Möder.

Zum Schluß wurde der Beitritt zur Sparkassenvereinigung des westfälischen Industriebezirks beschlossen. Die Vereinigung bezweckt, plötzliche Zinsfußänderungen bei einzelnen Kassen zu vermeiden. Der Zinsfuß darf nicht geändert werden, bevor sich die betr. Kasse nicht mit den anderen angeschlossenen Kassen in Verbindung gesetzt hat. 62 Kassen sind bisher beigetreten und 11 stehen noch aus. Herr Klein hält den Beitritt für einen Fehler, da uns die Hände gebunden würden. Früher sei viel Geld aus Dortmund hier eingelegt worden, das höre auf, wenn z. B. die Kreisbank in Dortmund den gleichen Zinsfuß habe.

! Kamen, 5. März. Der Verkehrsverein

hielt am Dienstagabend bei Bergheim eine Ausschluß- und Vorstandssitzung ab, zu der sich die Mitglieder beinahe vollständig eingefunden hatten. Als Gäste waren die Herren Kellern, Küberg und Stenbe geladen und erschienen. Das Protokoll der letzten Sitzung wurde mit einer kleinen Veränderung genehmigt. Durch eine Neuaufnahme erhöht sich die Mitgliederzahl auf 253. Der Vorstand hat in der letzten Sitzung beschlossen, Inserate in den führenden Industrieblättern zu lassen, in denen Fabrikgelände angeboten wird. Vorerst wird mit der „Rhein-Westf. Zeitung“, „Essen“, und der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, Elberfeld, ein Versuch gemacht und zwar auf die Dauer von 1/2 Jahren. Die Anzeigen sind Sonntagabend zum ersten Male erschienen und der Vorsitzende, Herr Direktor Dr. Overlien konnte bekannt geben, daß bereits eine Anfrage eingegangen sei. Hoffentlich bringt es den Erfolg, daß bald neue Unternehmungen hier entstehen. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß Vorbesprechungen angesetzt wurden, durch die noch fernstehende gebeten werden sollen, dem Verein beizutreten; denn am Ende habe doch jeder ein Interesse an der Sehung des Verkehrs und an der Verschönerung des Stadtbildes. Für die Folge sollen Mitgliedschaften mit Sargungs-Ausdruck ausgeben werden, die gleichzeitig als Quittung für Beitragsleistung dienen. Vorläufig soll für 2000 Stück Offerte eingeholt werden.

Der Herr Bürgermeister hatte ein Schreiben überhand, wonach der Verein etwaige Wünsche für den Winterfahrplan der Staatsbahn angeben solle. Es wurde das Bedürfnis anerkannt, daß morgens zu wenig Züge von Kamen abfahren. Man müsse dafür Sorge tragen, daß die Anschlüsse in das Industriegebiet und darüber hinaus erreicht würden. Zum Schluß kam man überein, die Eingabe des Vereins für Handel und Gewerbe zu unterstützen, die das Salzen von Eisbahnen erreichen will. Eine rege Debatte rief die Einstellung des Autobetriebes hervor. Leider habe der Verkehr den Hoffnungen nicht entsprochen, auch die Anstellung eines Kontrolleurs habe eine Erhöhung nicht gebracht. Herr Hugo Müller schloß an Hand einer Kostenaufstellung nach, daß die Kosten des Autobetriebes viel zu hoch seien. Nach seiner Berechnung kommen nur 40 Mark tägliche Unkosten heraus und er glaubt, daß die Sache sich rentieren würde, wenn eine Privatgesellschaft die Sache in die Hand nehme. Der ganze Betrieb müsse kaufmännisch gestaltet werden; ein Uebelstand sei das Fehlen der 5-Pennig-Staffelung bei den Fahrpreisen und eine andere Teilfahrentstellung. Wenn die Stadt für die elektrische Straßenbahn nach Heeren 300 000 Mark Zinsgarantie übernommen habe, dann müsse sie sich auch für 3500 Mark stark machen können für eine Verbindung, die nach Osten und Westen reiche. Alle hätten ein Interesse daran, nicht allein die Gewerbetreibenden. Herr Direktor Hufmann bemerkt, daß der Verkehr von Teilsprede zu Teilsprede bei einem Autobetrieb gleich Null sei, anders sei es bei der Elektrifizierung, die jeden Augenblick nahe und Herr Bürgermeister Dr. Wiesner bedauert, daß die Ausführungen nicht in der Stadtverordnetenversammlung gemacht worden seien, sicherlich hätten diese eine fruchtbarere Diskussion erbracht. Der Autobetrieb sei von der Stadtverwaltung nicht bürokratisch behandelt worden, denn er habe stets in Fühlung gestanden mit Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten. Leider seien, trotzdem in der letzten Verkehrsvereinsitzung dazu aufgefordert wurde, Vorschläge nicht eingegangen. Man dürfe keinen Vergleich ziehen zwischen einem Autobetrieb und der Elektrifizierung. Herr Müller bleibt dabei, daß eine Rentabilität sicherer zu stellen sei. Herr Menze betont, daß die meisten das Auto benutzen Leute solche seien, die zum Amtsgeschäft, zum Arbeitsnachweis und zur Knappschaftskasse mühten und diese können auch so nach Kamen. Dem wird entgegengehalten, daß aber die Geschäftsleute jetzt manchen Kunden fänden, der früher nicht erschienen sei. Herr Dr. Overlien bedauert gleichfalls die Einstellung, auch die Behauptungen würden besser besucht werden und führt hierfür Beweise an. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Ein Mitglied des Vorstandes hat eine Bank gestiftet; diese soll an der Moosstraße an der Kirchhofstraße aufgestellt finden, von wo man einen schönen Ausblick auf die Stadt hat. Auch ein Bismarck-Relief wurde gestiftet, welches an geeigneter Stelle angebracht werden soll.

Um das Interesse für Blumenzucht und -Schmuck bei den Schulkindern wachzurufen und zu stärken, war beantragt worden, eine Summe für Blumenamen auszuwerfen und diesen den Schulkindern zu überreichen. Der Antrag wird zurückgenommen, nachdem der Herr Bürgermeister erklärt hatte, daß die Ausschmückung der Schulen der Stadt obliege. Darauf wurde auf Vorschlag des Herrn Rektors Stenbe 30 Mark für die Anschaffung von Mistkästen bewilligt.

Der B.-V. will eine Haftpflicht-Versicherung abschließen, um bei größeren Veranstaltungen geschützt zu sein. Für die Durchsicht der eingegangenen Verträge wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Overlien, Rechtsanwält Boeste, Knieper und Heimeier gewählt.

Zum Vereinsboten wurde Herr Mannesfeld bestimmt. Die Vorarbeiten für den Blumen-Schmuck-Wettbewerb sollen jetzt in Angriff genommen werden und weiter soll Anfang April der Vortrag über Elektrizität des Ingenieurs Witz von der Gewerbevereinsstelle in Dortmund stattfinden. Der Verein will versuchen, das Baubüro für die Eisenbahn-Arbeiten hierher zu bekommen. Darauf wurde die interessante Sitzung geschlossen.

Kamen, 5. März. (Verschiedenes.) Trennen sich zwei bisher zu einem gemeinsamen Geschäftsbetrieb verbundene Gesellschafter, so wird häufig vereinbart, daß der ausstehende Gesellschafter seinem früheren Teilhaber keine Konkurrenz machen darf. Die Gültigkeit einer solchen Konkurrenzklause hängt davon ab, ob der dadurch Verpflichtete in seiner Erwerbsfähigkeit und Erwerbsmöglichkeit in unzulässiger, gegen die guten Sitten verstoßender Weise zu

stark beschränkt wird oder nicht. Die Beurteilung dieser Frage richtet sich stets nach den Umständen des einzelnen Falles. Von wesentlicher Bedeutung ist es dabei auch, wenn durch die Konkurrenzklause Verpflichteten als Gegenleistung für seine Wettbewerbsbeschränkung eine Abfindungssumme gezahlt worden ist.

(Städtische Volksbibliothek.) Neu eingekauft wurden: B. 2054 Marguerite, P., „Die große Familie“, 316. B. 2058 Grassberger, S., „Novellen aus Italien“, 385. B. 2060 Söder, P. D., „Gräulein Doktor“, 292. B. 2061 Wiebig, C., „Der Kampf um den Mann“, 160. B. 2062 Falke, G., „Der Spätnier“, 126. B. 2063 Stillebauer, C., „Wally Sattler“, 205. B. 2064 Richter, A., „Aus den Tiroler Bergen“, 311. B. 2065 Richter, A., „Kreuz und quer“, 343. B. 2066 Julius, Th., „Das Wrad“, 64. B. 2076 Balzac, S., „Der Vater Goriot“, 381. B. 2079 Raabe, H., „Des Reiches Krone“, 164. B. 2080 Gogern, „Des Reiches Krone“, 353. D. 465 Momma, W., „Helden“, 223. E. 275 Kohnmeyer, Wilhelmus, „Auf weiter Fahrt“, 9. Wb. 76. E. 277 Heinrichs, Frz., „Mit Knoten und Ränzel“, 321. K. 89 Raumann, Fr., „Patria“, 12. Wb. 216.

(Schulpersonalien.) Befanden haben die Herren Lehrer Drees und Ernst von der Hofeschule die Prüfung für die endgültige Anstellung. Herr Drees tritt am 1. April bei den Hören ein, um seiner Dienstpflicht als Einjährig-Freiwilliger zu genügen.

(Die Elektrifizierung nach Heeren.) Dieses Thema ist in letzter Zeit merkwiliger verstimmt, veranlaßt wohl durch die großen Fragen, die der Erledigung harren und die jetzt den Gesprächsstoff abgeben. Der Kreisrat hatte bekanntlich in seiner letzten Sitzung die beantragte Unterstufung von 250 000 Mk. Zinsgarantie für die von Unna betriebene Linienführung abgelehnt. Jetzt verlautet, daß Unna selbst diese Summe aufbringen will, um die Verbindung mit Heeren mit Unterstützung der Provinz zu erhalten.

(Entziehung der Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen.) Auf Antrag der Handwerkskammer zu Dortmund hat der Herr Abnigl. Landrat zu Dortmund einem Badermeister in A. die Befugnis zum Salzen von Lehrlingen auf die Dauer von drei Jahren entzogen, weil derselbe seine Lehrlinge dauernd über die vorgeschriebene Arbeitszeit hinaus beschäftigt hat, wodurch Lehrlinge die Möglichkeit genommen wurde, den Unterricht der Fortbildungsschule regelmäßig zu besuchen, bemerken mit der notwendigen Aufmerksamkeit beizuwohnen.

In der 8. Jahreswoche vom 15. bis 21. Februar sind im Landkreis Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 9 (3 Kamen, je 1 Unna, Berglanten, Markt, Billmerich, Wiescherhagen, Oberaden), Kindbettfieber 2 (Unna), Krückerkrankheit 1 (Kamen), Scharlach 5 (je 2 Unna, Heeren-Werwe, 1 Afferde), Todesfälle durch Tuberkulose 5 (je 1 Unna, Massen, 1 Heeren-Werwe).

(Zageläronik.) Ein Mädchen aus Berglanten verlor gestern morgen vor dem Bahnhof eine Geldbörse mit 31 Mk. Inhalt. Auf der Bahnhofstraße stürzte gestern morgen das Pferd des Landwirts Schürmann. Nach kurzer Zeit konnte das Tier, das beim Umschlagen die Deichsel zerstückt, wieder auf die Beine gebracht werden. Die Straßenbahn mußte einen unfreiwilligen Ausfall nehmen.

Heeren, 5. März. Der Automobilverkehr zwischen Heeren-Kamen-Methler-Kaiserlaut wird eingestellt. Im allgemeinen Interesse kann man dies nur bedauern. Wenn die betreffenden Gemeinden und Industrie-gesellschaften ohne Ausnahme einmütig zusammenstünden, würde die allgemeine bestmögliche Einrichtung wohl bestehen können.

Heeren, 5. März. (Vortragsabend.) Die Mitglieder der Ortsgruppe des Evangelischen Bundes und des Arbeitervereins hatten am vergangenen Sonntag recht zahlreiche von ihren erwachsenen Angehörigen zu einem gemeinsamen Vortragsabend in Franzosen-Sale eingefunden. Herr Pastor Richter-Methler sprach über „Luther als Kämpfer im öffentlichen Leben“ und Herr Arbeitersekretär Simon-Unna über Volksversicherung.

Werk, 5. März. Der Automobilklub verkehr zwischen Werk-Wilde a. d. R. und zwischen Werk-Werber, der seit einem Jahre von einer Essener Gesellschaft betrieben wird, soll im April dieses Jahres wegen Unrentabilität wieder eingestellt werden.

Hamm, 5. März. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich auf dem hiesigen Hauptbahnhof. Als ein Güterzug, der einen Transportpferde von Paderborn nach Münster mit sich führte, in langsamer Fahrt den Bahnhof verließ, fuhr ihm ein Rangierzug infolge eines falschen Signals in die Flanke. Der Zusammenstoß wurde ein Wagnis, der wertvolle Pferde enthielt, aus den Gleisen geworfen und vollständig zertrümmert. Zwei Pferde waren sofort tot, 2 mußten schwerer Verletzungen der Wirbelsäule infolge geschlagener werden, während die übrigen Pferde mit leichten Verletzungen davonkamen. In die Maschine des Rangierzuges war aus dem Gleis gesprungen, so daß es mehrstündige angestrengte Tätigkeit bedurfte, um die durch hervorgerufene Verkehrsstörung wieder zu beistellen.

Hamm, 3. März. (Auf einen Schützen geschossen.) In der Nordenfeldmark wurden an einen Schützen vier Revolvereinfach abgefeuert. Ein Schuß traf im Rücken in den Kopf, die Kugel blieb im Kopf. Inzwischen liegen Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Als mutmaßlicher Täter wurde der Arbeiter verhaftet.

Dortmund, 4. März. (Verschiedenes.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung

Der
(schön)
garn) den
weil ihm
wert hatte
und einen
flüchtel
grifadierie
den Kirch
nehmen.
den ver
darmerie
nehmen.

hügens
ne Ma
Wetters
e stom
e dem
diesem
pagnie
e über
e vor
Durch
der
dieses
Gegen
e, dem
e her
pagnie
mußt
striff
al be
Feld
Neben
Marke
s für
Herr
dem
Ma
als
dann
eine
luper
ihre
zum
dem
alten
vius
hat.
rein
recht

Am
un-
2.
bei

Die
urz-
chen
stet
stür-
rines
hler-
ter-
dann
der
erfor-
ist
alles
wen-
regel-
in
Auf-
Be-
für-
Be-
n Er

Der Fachkursus für Schneiderinnen

findet in den nächsten Tagen seinen Abschluß. Auf Wunsch vieler Damen wird ein zweiter Kursus stattfinden. Nähere Auskunft erteilt Frau Kasubke, Nordenmauer 29. Auch nimmt Herr Rektor Stenbe Anmeldungen bis zum 2. März entgegen. 549r

Musikschüler!

Städtisches Orchester Unna stellt Ostim noch einige begabte junge Leute, welche sich der Zivil- oder Militärmusik - Berufe widmen wollen, unter günstigen Bedingungen ein.

Anerkannt vorzüglichste Ausbildung. 5558

Meldungen sind zu richten an **F. Plato,** Städt. Musikdirektor.

Die Agentur

eingeführter Feuerversicherungs-Gesellschaft für Kamen und Umgegend oder Rünthe ist an geeigneten Herrn, der auch Beziehungen zu Arbeiterkreisen hat, neu zu vergeben. Gefl. Offerten unter **Sch. 598** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 1598

Büro- und Maurer-Lehrling

zu Ostim gesucht. 5599

Otto Scherff, Architekt und Maurermeister.

Suche zu Ostim einen Sohn achtbarer Eltern als

Lehrling

für das Maler- und Anstreicher-Geschäft. 5590

Heinr. Jackenkroll, Kamen.

Dienstmädchen

per bald gesucht. 5851

Bahnhofstr. 13.

Suche zum 1. Mai ein tücht. zuverlässiges

Dienstmädchen.

Frau Wirt Schnickmann, Kaiseran. 5587

Ein ordentliches

Mädchen

im Alter von 14-16 Jahren sofort oder Ostim gesucht.

Frau Wilh. Wienke, Bergkamen. 5589

Landwehrstraße 189.

Zum 1. April suche ich ein freundliches, propres

Mädchen

von 15-16 Jahren. 5537

Bergkamen, Kaiserstr. 72.

Mädchen

für Küche u. Hausarbeit zum 1. April gef. kl. herrsch. Haush.

Angeb. mit Zeugnissen an **Frau Dr. Böshagen,** Elberfeld, Haarhausstraße 3.

Wegen Heirat des jetzigen suche ich zu Ostim oder früher ein in Küche und Hausarbeit erfahrenes evangelisches

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, in Haush.

Frau Dr. Amels, Greifeld, Dionysiusstraße 60.

in Inserat wird Ihnen schnell einen Ersatz schaffen, wenn Ihr Mädchen fortgeht.

Bekanntmachung.

Die städtischen Behörden haben die Abänderung der Fluchtlinien der Königsstraße vom Markt bis zur Weststraße, sowie der Bahnhofstraße von der Klosterstraße bis zum Markt, wie im Bebauungsplan Blatt 9 in blauer Farbe dargestellt, beschlossen.

Nach Zustimmung der Ortspolizeibehörde wird gemäß § 7 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 der Plan zu Jedermanns Einsicht auf dem Stadtbauamt, Zimmer Nr. 17 des Rathhauses, hiermit offengelegt. Einwendungen gegen den Plan sind innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beim Magistrat anzubringen.

Kamen, den 25. Februar 1914.

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Bekanntmachung.

In den hiesigen Feldmarken wird besonders im Frühjahr, Herbst und Winter der Gang einheimischer Singvögel betrieben. Wir warnen hiermit ausdrücklich vor dem Fangen derselben und bemerken, daß wir unsere Polizeiorgane erneut darauf hingewiesen haben, ihr Augenmerk diesen Uebergreifen zuzuwenden. Das Publikum bitten wir, die Beamten in diesem Bestreben zu unterstützen.

Kamen, den 26. Februar 1914.

Die Polizeiverwaltung: Dr. Wiesner.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Kamen und Overberge belegenen, im Grundbuche auf den Namen des Bauunternehmers **Freih. Rohde** in Kamen eingetragenen Grundstücke Flur 27 Nr. 946/92 Acker im Ostkamp 20,18 ar groß mit 3,95 Tlr. Reinertrag. Flur 10 Nr. 30 Acker am Seidlingsdief, 67,23 ar groß mit 9,48 Tlr. Reinertrag, am 23. März 1914, vormittags 10 Uhr durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.

Kamen, den 22. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Kamen belegene, im Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Kaufmanns **Friedrich Othoff** zu Kamen eingetragene Grundstück Flur 23 Nr. 878/167 mit a) Wohnhaus Schillstraße Nr. 136 mit Hofraum und Hausgarten, b) Stall, c) Backereigebäude, 8,54 ar groß mit 520 Mk. Nutzungswert

am 28. März 1914, vormittags 10^{1/2} Uhr durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.

Kamen, den 20. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Kamen belegene, im Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Kaufmanns **Friedrich Othoff** zu Kamen eingetragene Grundstück Flur 23 Nr. 727/167 mit a) Wohnhaus Schillstraße Nr. 135 mit Hofraum und Hausgarten, b) Stall und c) Stall, 730 ar groß mit 540 Mk. Nutzungswert

am 28. März 1914, vormittags 10 Uhr durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.

Kamen, den 20. Januar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Kamen belegenen, im Grundbuche auf den Namen des Handelsmanns **Heinrich Trappmann** zu Kamen eingetragenen Grundstücke Flur 23 Nr. 842/447 mit a) Wohnhaus, Lünenerstr. Nr. 171, mit Hofraum und Hausgarten, b) Stall mit Waschküche, 5,09 ar groß, mit 362 Mark Nutzungswert, Flur 23 Nr. 839/444 Unterm Hilsingswege, Hofraum, 22 qm groß, Flur 23 Nr. 846/450, Postort, Acker, 11,67 ar groß, mit 1.10 Tlr. Reinertrag

am 6. Mai 1914, vormittags 10 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.

Kamen, den 2. März 1914.

Königliches Amtsgericht.

Musik-Verein Kamen.

2. Vereins-Konzert

am Sonntag, den 8. März 1914, abends 8 Uhr,

im Saale des Schützenhofes.

I. Teil.

Chor- und Solistenvorträge, Harfensoli.

II. Teil.

„Das Tränenkrüglein“ für gemischten Chor, Soli und Harfe. 529)

Eintrittspreis: 1. Platz 2.—, 2. Platz 1.25 inkl. Programm, in der Buchhandlung der Kamener Zeitung u. bei den Herren Felting u. Holtmann, an der Kasse 25 Pf. Aufschlag. Schülerkarten 50 Pf. (tsachflügel.)

Der Besuch landwirtschaftl. Lehranstalten wird ersetzt!

durch d. Studium d. weltberühmt. Selbstunterrichtswerke Mothod. Rustin.

Die landwirtschaftlichen Fachschulen.

Handbücher zur Aneignung der Kenntnisse, die an landwirtschaftlichen Fachschulen gelehrt werden, und Vorbereitung zur Abschlussprüfung der entsprechenden Anstalt. — Inhalt: Ackerbaukunde, Pflanzenbau, landwirtschaftl. Betriebslehre und Buchführung, Tierproduktionslehre, landwirtschaftliche Chemie, Physik, Mineralogie, Naturgeschichte, Mathematik, Deutsch, Französisch, Geschichte, Geographie.

Ausgabe A: Landwirtschaftsschule

Ausgabe B: Ackerbauschule

Ausgabe C: Landwirtschaftliche Winterschule

Ausgabe D: Landwirtschaftliche Fachschule

Obige Schulen besprechen, eine wichtige allgemeine u. eine vorzügliche Fachschulbildung zu verschaffen. Während der Inhalt der Ausgabe A den gesamten Lehrstoff der Landwirtschaftsschule vermittelt und das durch das Studium erworbene Befähigung dieselben Berechtigungen gewährt wie die Versetzung nach der Obersekunda hoh. Lehranstalten, verschaffen die Werke B und C die theoretischen Kenntnisse, die an einer Ackerbauschule bzw. einer landwirtschaftlichen Winterschule gelehrt werden. Ausgabe D ist für solche bestimmt, die zur die rein landwirtschaftlichen Fächer beziehen wollen, um sich die nötigen Fachkenntnisse anzueignen.

Auch durch das Studium nachfolg. Werke legen sehr viele Abonnenten vortreffliche Prüfungen ab und verdanken ihnen ihr ausgezeichnetes Wissen, ihre sichere einträgliche Stellung:

Der Einj.-Freiwill., Das Abiturienten-Examen, Das Gymnasium, Das Realgymnas., Die Oberrealschule, Das Lyzeum, Der geb. Kaufmann.

Ausführliche Prospekte, sowie beglaubigte Dankschreiben über bestandene Prüfungen, die durch das Studium der Mothod. Rustin abgelöst sind, gratis. — Hervorragende Erfolge. — Auszeichnungen ohne Maßzwang. — Kleiner Teilzahlungen.

Bonnese & Machfeld, Verlag, Potsdam S.O.

Zur Konfirmation

empfehlen wir unsere grosse Auswahl in evang. Gesangbüchern

in Kaliko und Leder gebunden, mit und ohne Schloß. Auch bei den billigeren Ausgaben nur beste, dauerhafte Einbände.

Ferner empfehlen wir unser Lager in Gebetbüchern, Bibeln, Erbauungsbüchern und sonstigen zu Konfirmationsgeschenken geeigneten Werken.

Buchhandlung der „Kamener Zeitung“.

Namen und Widmungen werden bei den besseren Büchern umsonst eingedruckt.

Ludwig Knieper, Kamen,

Nordstrasse 7. Telefon Nr. 204. Nordstrasse 7.

Größte und älteste

Gargschreinerei u. Gargaustattungsgeßäft hier.

Unterhalte stets großes Lager in

Metall-, Eisen-, Buchen- und Tannen-Särgen.

Sämtl. Holzsärgen werden auf eigener Werkstat angefertigt.

445 Geschäftsgrundsatz:

Strengste Reellität, prompte Bedienung, mögl. billige Preise.



Die Malton-Weine besitzen d. höchsten Nährwert aller Stärkungsweine. Kranke, Schwache u. Nervöse werden wieder wohler und gesund; auch für Gesunde ist Malton der beste Stärkungstrunk.

Deutsche Malton Ges. m. b. H. Wandsbek-Hamburg.

Aeusserst extractreich und bekömmlich.

Aerztlich empfohlen!

Zu haben per Flasche á ¼ Liter Mk. 1.60 bei

Heinrich Jacobi, Germania-Drogerie.

Fräke u. Sautauschlag

behandelt geruchlos ohne Verunreinigung. Beseitigung auch in veralteten Fällen.

Homöopathie und Naturheilkunde

Unna, Bahnhofstr. 49,

Sprechstunden: Dienstags u. Freitags 9-6 Uhr. 40

Thiels Kopfgeist

wirkames u. sicheres Mittel zur Vertilgung von Läusen mit Brut.

Drogerie S. P. Thiel,

Kamen, Döstr. 21, Fernr. 180.

Plüss-Stauffer-Kitt

klebt, leimt, kittet Alles!

Ver. ehemal. 13er.

Sonnabend, d. 7. März cr., abends 9 Uhr,

im Vereinslokale:

Versammlung.

592 Der Vorstand.



Schützenverein Wassercourl.

Am Sonntag, d. 8. d. M.,

nachmittags 5 Uhr:

Versammlung

bei Schulte-Kemminghausen.

1. Einschreiben der Schützen.

2. Verschiedenes.

597! Der Vorstand.

Saatkartoffeln

Bestellungen auf la. Saatware

aller Sorten, Lieferung März

und April, erbittet 5525

Jul. Jordan,

Kamen, Bernestraße.

Fernruf 135.

Finanzgeschäft gibt günstig Darlehen,

Betriebskapital. J. A. Pillig, Berlin-

Schbg., Kaiser Wilhelmplatz 2. 588

Wohnhaus

mit Stallung, Hofraum, Einfahrt und Garten preiswert zu verkaufen. 5528

Schriftl. Angeb. u. S. Z.

an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

4-5 Zimmer

zum 1. April oder später zu vermieten.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes. 1538

4 Zimmer

mit Keller und Stallung, eigene

Tür, an kleine, propere Familie

zu April zu vermieten. 5583

Zu erfr. in der Gesch. d. Btg.

Schöne 3 Zimmer-Wohnung

mit Zubehör zum 1. April an

ruhige Familie zu vermieten.

596 G. Bruns Ww.

3 schöne Zimmer

mit Stallung, Keller u. sonstigem

Zubehör zum 1. April zu vermieten.

5553

Zu erfragen in der Gesch.

dieser Zeitung.

Mietkontrakte

zu haben in der Buchhandl.

der „Kamener Btg“.

Gegen Drüsen

Scropheln, Blutarmut, Engl. Krank-

heit, Hautausschlag, Hals- u. Lun-

genkrankheiten, Husten empfehle

für Kinder und Erwachsene meinen

beliebten

Lahusen's-Lebertran

Marke „Jodella.“

Durch seinen Jod-Eisen-Zusatz der

wirkamste und meist gebrauchte

Lebertran. Gern genommen und

leicht zu vertragen. Nur echt in

Originalflaschen á M. 2.30 und

4.60 mit dem Schutzwort „Jodella“

und dem Namen des Fabrikanten

Apotheker Wilh. Lahusen in

Bremen. 2177

Frisch zu haben in der Adler-

Apotheke in Kamen, sowie in

der Apotheke in Bergkamen.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelisch-lutherische Gemeinde

Freitag, 7^{1/2} Uhr:

Passions-Gottesdienst.

Balder Ewald.

Druck u. Verlag v. G. May in Göt-

tingen. Verantwortlicher Redakteur:

G. Schubeis in Kamen.

Kamener Zeitung

Er erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Inserations-Gebühr: für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich.

Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 28.

Donnerstag, den 5. März 1914.

42. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Fürstbischof Kopp †.

In Troppau, 4. März. Kardinal-Fürstbischof Dr. v. Kopp ist heute früh 1.30 Uhr gestorben.

Mit dem Fürstbischof Kopp, der seit Montag abend in völliger Bewusstlosigkeit ohne jede Nahrungsaufnahme bei langsamem Nach-



lassen der Herzstätigkeit und des Kräftezustandes nur noch schwach und unregelmäßig atmete, ist der einzige deutsche Kardinal aus dem Leben geschieden. Der Papst sandte den für die Sterbestunde erbittenen Segen. Auch der Kaiser ließ sich wiederholt teilnahmevoll nach dem Befinden des sterbenden Kirchenfürsten erkundigen. Bei allen Messen wurden Gebete für den scheidenden Kardinal gesprochen. Kardinal Kopp zog sich seine Erkrankung durch Überanstrengung und Erkältung auf dem österreichisch-schlesischen Landtage in Troppau zu, dessen Verhandlungen er leitete. Im Minoritenkloster zu Troppau, wo er während der Landtagsitzungen zu wohnen pflegte, wurde der Fürstbischof auch von der tödlichen Krankheit ereilt. Zahlreiche hohe geistliche und

andere Würdenträger weilten in Troppau am Sterbelager des Kirchenfürsten.

Kardinal Fürstbischof Dr. v. Kopp, der im Kulturkampf eine große Rolle im Sinne der Versöhnung spielte, wurde am 25. Juli 1837 in Duderstadt im Eichsfeld als Sohn eines Fleischermeisters geboren. Er besuchte das Gymnasium in Hildesheim, konnte aber wegen Mangels an Geldmitteln seinen Wunsch, Theologie zu studieren, nicht durchsetzen, sondern nahm Stellung als Telegraphenbeamter in Hannover. Im Jahre 1858 erschloß sich ihm die Pforten der bischöflichen Lehranstalt Hildesheim, dem Studium in dem Theologisch-philosophischen Institut und dem Priesterseminar dafelbst folgten. Am 29. Juli 1862, also kurz nach vollendetem 25. Lebensjahre empfing der Kirchenfürst die priesterlichen Weihen. Er wurde Schulvikar des Waisenhauses Himmelfahrt, dann Kaplan in Delft, 1870 apostolischer Notar. In freien Stunden widmete er sich verschiedenen Lehrinstituten, 1881 wurde er Bischof zu Fulda.

Als Bischof wurde Herr Kopp 1884 in den preussischen Staatsrat berufen, 1886 auf Lebenszeit ins preussische Herrenhaus. In dem Erlaß der sogenannten Friedensgesetze, die die Maigesetze abänderten bzw. aus hoben und damit dem Kulturkampf ein Ende machten, war Bischof Kopp als Vermittler zwischen Katholik und Reichsregierung in hohem Maße beteiligt und erreichte durch sein persönliches Wirken den Erfolg. 1887 erfolgte die Ernennung zum Fürstbischof von Breslau. Im Jahre 1890 berief unser Kaiser den Fürstbischof in die Kommission zur Beratung einer deutschen Schulreform. Am 16. Januar 1893 wurde Fürstbischof Kopp zum Kardinal ernannt. An weltlichen Auszeichnungen fehlte es dem Kirchenfürsten, der noch in allerjüngster Zeit im deutschen Gewerkschaftsstreite seine Stimme erhob, nicht. Schon vor einer Reihe von Jahren wurde ihm mit der höchsten preussischen Auszeichnung, dem Schwarzen Adlerorden, der Abol verliehen. Der Kardinal besitzt auch die höchsten schlesischen und österreichischen Orden und war Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

Rußlands Rüstungen.

Eine deutsche Warnung.

Die „Kölnische Zeitung“ bespricht in einem längeren Artikel ihres Petersburger Berichterstatters das Verhältnis Rußlands zu Deutschland. Es wird darin erklärt, heute

sei Rußland nicht in der Lage, politische Drohungen mit Waffengewalt zu unterstützen. Es wäre Torheit, wenn die russische Diplomatie ihr letztes Werkzeug einsetze, ehe es fertig geschmiedet sei. Unmittelbare Kriegsgefahr droht von Rußland nicht, so sehr auch von französischer Seite mit dem russischen Säbel geraffelt werde.

Ganz anders wird jedoch die politische Wertung der russischen Heeresmacht in drei bis vier Jahren ausfallen. Die Gefundung der Finanzwirtschaft und die Steigerung des Kredit haben Rußland in vorwärtstrebenden Kurs gebracht, dessen Ziel, wenn es ruhig weitersteuern kann, im Herbst 1917 erreicht sein wird. Die Ergänzung des Artillerie- und Kriegsmaterials wird in einem noch nie gesehenen Maßstabe betrieben, ohne auf Fertigstellung der Riesenwerkstätten bei Jarosin, im Herzen Rußlands an der Wolga, zu warten. Besonders schmerzhaft hat man bei den mächtigen Kriegsgelüften im Frühjahr 1913 das Fehlen von Belagerungsartillerie empfunden. Nicht menschenfreundliche, christliche Friedensliebe hat die russische Politik zurückgehalten, ihre Armee die deutsche und österreichische Grenze überschreiten zu lassen. Hätte man Kanonen gehabt, die deutschen Sperrforts in Ostpreußen einzuschleusen, so hätte der Wilnaer Oberbefehlshaber General v. Rennenkampf, der damals auffallend oft in Petersburg weilte, gar zu gern das blühende deutsche Land jenseits der Grenze seinen Reitern zur Plünderung preisgegeben. Der französische Bundesgenosse hat diesen Mangel besonders scharf erkannt.

Gegen wen, so fährt der Artikel der „Köln. Ztg.“ fort, wird die russische Politik die Waffe, über die sie in wenigen Jahren verfügt, am ehesten zu kehren geneigt sein? Vor zwei Jahren scheute man sich noch, jetzt spricht man es offen aus, sogar in amtlichen militärischen Zeitschriften, daß Rußland zum Kriege gegen Deutschland rüste.

So sicher, wie wir während des japanischen Krieges den uns den Rücken kehrenden Russen gestatteten, ihre Kerntruppen von der polnischen Grenze wegzuziehen, so sicher würden die Russen

heute schon uns, wenn wir, die Front nach Westen, kämpfen, mindestens zwingen, auch an ihrer Grenze mit einer starken Armee zu wachen. Die amtliche russische Politik sollte aber endlich einmal die Legende von der geschichtlichen deutsch-russischen Freundschaft zerstreuen.

Wenn auch die Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“ auf Wahrnehmungen ihres Petersburger Korrespondenten beruhen, die dieser im Laufe der letzten Monate an der Neva gewonnen hat, und die den Tatsachen entsprechen dürften, so steht die deutsche Diplomatie ihnen doch fern, zumal auch der Optimismus des Verfassers in unterrichteten deutschen Kreisen nicht durchweg geteilt wird. Man wird daher gut tun, die Auslassungen des Blattes nicht als Kundgebung deutscher diplomatischer Kreise, sondern lediglich als Stimmungsbericht ihres Petersburger Korrespondenten zu bewerten.

Das erste Echo.

Das diese neuen Erörterungen in Frankreich gewekt hat, liegt in einer Besprechung des „Echo de Paris“ vor, in der es ausführt: Wenn gleich die nächsten Wochen als kritische zu betrachten seien, dürfte man doch gewissen deutschen Alarmrufen übergrößen Bedeutung nicht beilegen. Die Behauptung, daß Rußland von französischer Seite zu schnellerer Mobilisierung gedrängt werde, sei ganz willkürlich. Zunächst müsse man doch abwarten, ob es sich bei jenen publizistischen Neuerungen nicht um die Vorbereitung neuer Forderungen der Berliner Heeresverwaltung handle, oder ob die öffentliche Meinung etwa auf einen Präventivkrieg vorbereitet werden solle. Der Monat März werde wohl die wünschenswerte Klärung der allgemeinen Lage bringen. Vermutlich bestei Paris Paracien hervor, daß eine Uneinigkeit der Großmächte hinsichtlich der epiröth-albanischen Angelegenheit nicht zu befürchten sei. Mit der an Griechenland erfolgreich gerichteten Aufforderung, Kordopirus zu räumen, hätten Dreierbund und Dreierbund ihre Pflicht gegenüber Albanien voll erfüllt. Die gegenwärtigen Vorgänge in Argosastro und Umgebung, an denen die griechische Regierung nicht beteiligt ist, entzogen sich dem anzufole der direkten Einwirkung der Großmächte. Als Beweis der griechischen Loyalität wird ferner auf die Tatsache hingewiesen, daß der griechische Gouverneur des vielumtrittenen Gortiza dieses Land soeben bedingungslos den Vertretern der albanischen Regierung übergeben hat.

Wassereintruch in eine belgische Kohlengrube.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich Dienstag vormittag auf dem Kohlenbergwerk „Stroph-Bracquegnies“ bei Mons. In einem erst vor etwa drei Jahren in Betrieb genommenen Schacht brach infolge Kohrebruchs Wasser ein. Die Wassermassen stürzten sich in so gewaltigem Umfang und mit so großer Schnelligkeit in den Schacht, daß die einzelnen Stollen in kurzer Frist vollständig überflutet waren. In der Grube arbeiteten zurzeit der Katastrophe 250 Bergleute, von denen sich diejenigen, die in der Nähe der Einbruchsstelle tätig waren, sogleich in hoher Lebensgefahr befanden, während die überwiegende Mehrzahl der in den weiter abliegenden Strecken Arbeitenden sogleich alarmiert wurden und sich durch Notaufstiege retten konnten. Einer Gruppe aber war der Ausweg abgeschnitten. Die Nachricht von dem Unglück durchlief mit Windeseile die Umgegend von Mons, und Tausende von geängstigten Angehörigen strömten zu der Unglücksstelle, wo durch die Gendarmen die Ordnung aufrecht erhalten wird.

Wie uns weiter gemeldet wird, fand das Unglück in einem Schacht statt, der seit drei Jahren im Betriebe ist. Ein Gewölbe stürzte ein und das Wasser stürzte mit großer Schnelligkeit hinunter. Es stieg bis zu 70 Meter Höhe. Neun Arbeiter und 22 Pferde sind ertrunken. Außerdem ist ein Haus eingestürzt. Wie das Wasser eindrang, ist noch nicht festgestellt. Man glaubt aber, daß in der Nähe der Grube Wasser aus dem Kanal in die über dem Bergwerk aufgeworfene Erde eindrang und durchsickerte. Die Grube hatte keine Pumpen, auch die Glocken der Aufzüge funktionierten nicht. Über durch einen glücklichen Umstand wurden oben die Geräusche gehört, so daß bis auf neun Arbeiter alle gerettet werden konnten. Die Wiederherstellungsarbeiten dürften längere Zeit

Aus aller Welt.

Die Berliner „Liebertafel“ traf Montag nachmittag auf dem Dampfer „Brins Feinrich“ in Alexandria ein und fuhr im Extrazuge nach Kairo. Auf dem Bahnhof wurden die Sänger von dem deutschen Konsul von Faldenhausen und vom Vorstand des deutschen Vereins, Rechtsanwalt Eichenbach begrüßt. Der Männergesangsverein Kairo sang den deutschen Bundesgruß. Der Vorstand der Berliner „Liebertafel“ dankte und die Berliner Sänger sangen darauf ein Lied. Abends fand ein Empfang im deutschen Verein statt. Dienstag vormittag ist ein Ausflug nach den Pyramiden von Gizeh unternommen worden, am Nachmittag sollte Melan befußt werden.

Der Doppelmord am Teufelssee. Die Erregung über den an den beiden Frauen am Berliner Teufelssee verübten bestialischen Raubmord ist unter der Bevölkerung noch immer sehr groß. Als sich in Nowawes bei Potsdam das Gerücht verbreitete, daß die Mörder festgenommen seien, und sich im Rathaus befanden, sammelte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge an und verlangte die Herausgabe der Verbrecher, um sie zu lynchen. Es bedurfte vieler Bemühungen der Polizeibeamten, ehe es gelang, dem Publikum klar zu machen, daß es sich hier um einen Irrtum handelte, und daß man leider der Verbrecher noch nicht habhaft geworden sei.

Schweres Verbrechen eines Soldaten. Im Walde bei Gnefen wurde eine Frau von einem Gefreiten des Infanterieregiments Nr. 49 erschlagen. Der Soldat hatte an der Frau ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben versucht und die Frau, als diese sich kräftig zur Wehr setzte, mit dem Seitengewehr so furchtbar zugerichtet, daß sie bald starb. Der Mörder wurde verhaftet.

5 Armenhäuser verbrannt.

Eine schwere Brandkatastrophe ereignete sich im Ofisebad Heubude bei Danzig. Dort geriet ein Armenhaus, ein altes Wohngebäude mit Strohdach, in Brand, drei Greisinnen und einjähriger Knabe kamen in den Flammen

um, eine vierte Frau erlitt so schwere Brandwunden, daß sie auf dem Wege zum Krankenhaus starb. Die Flammen griffen bei der Bauartigkeit des Hauses so rasend schnell um sich, daß die Personen sogleich durch den Qualm erstickt wurden. Die Vorfälle, obgleich bald zur Stelle, kam doch zu spät, die Menschenleben zu retten.

Schreckenstaten einer Mutter.

Eine furchtbare Tat ereignete sich in Ulm. Dort erschien auf dem Gerichtsgebäude die 23jährige Frau des Gießereiarbeiters Marion und erstattete Anzeige, daß sie ihre drei Kinder getötet habe. Man schenkte ihr zunächst keinen Glauben; die Untersuchung und Befestigung der Wohnung ergab aber leider die Richtigkeit der Angabe. Im Wohnzimmer fand man, an einem Lampenhaken gehängt, den fünfjährigen Knaben und im Nebenzimmer, an den Türhaken hängend, ein vierjähriges Mädchen und den fünf Monate alten Knaben des Ehepaares. Was die Frau, die immer lebensfroh gewesen sein soll und bei der von einer Geistesstörung nichts zu bemerken war, zu dem unfeligen Entschluß getrieben hat, ist noch nicht aufgeklärt. Man spricht von Schulden, die die Frau gehabt haben soll, doch dürfte dies kaum zutreffend sein. Dem Mann wird das Zeugnis eines sparsamen Arbeiters ausgestellt, der auch hinreichenden Verdienst hatte, so daß keine Notlage vorliegt. Als der Mann mittags in die Fabrik ging, war ihm nichts im Verhalten seiner Frau aufgefallen, und er kann sich den Beweggrund der Tat auch in keiner Weise erklären. Vermutlich hat die Frau im Zustande einer plötzlich eingetretenen geistigen Störung die Tat verübt.

Ein neues Heilmittel gegen die Tuberkulose.

In einer Sitzung des Frankfurter Aerztevereins hat Geheimrat Professor Spieß zum ersten Male öffentlich Kenntnis gegeben von einem von ihm entdeckten neuen Mittel zur Be-

kämpfung der Tuberkulose bei Menschen, einer Gold-Kantharidin-Verbindung, welche durch Einspritzung in die Venen in die Blutbahn eingeführt wird und dessen Anwendung die Verunsicherheit des Kranken nicht anschnieße. Trotz ermutigender Erfolge während der zweijährigen Erprobung, besonders bei Kehlkopf-Tuberkulose, sind, so betonte der Vortragende, zur völligen Erprobung des Mittels noch Versuche in größerem Umfang erforderlich.

Bei einem Gebirgsflug über die Kor-dilleren stürzte der argentinische Flieger New-berry ab und war sofort tot. Der Aeroplan stürzte von Fels zu Fels, nur einzelne, vollkommen zertrümmerte Teile fand man später. Unfälle bei Gebirgsflügen waren bisher ziemlich selten.

Wetterunbilden in New-York.

Im Osten der Stadt New-York sind während der letzten 24 Stunden etwa fünfzig Feuer ausgebrochen, doch kann die Feuerwehre nur langsam ihren Weg nach den Brandstätten gehen, da der tiefe Schnee die Straßen sperrt. Auch sind die Hydranten und Schläuche eingefroren. Der Verkehr New-Yorks ist fast ganz lahmgelegt. Der Betrieb der Straßenbahnen und Hochbahnen ist eingestellt. Sechs Schiffe sind an der Küste der Neuenlandstaaten während der Schneestürme gescheitert. Etwa 20 Menschen werden vermisst und dürften bei Schnee und Kälte umgekommen sein. Dabei schneit es andauernd weiter; die Stadt befindet sich bereits in einer schlimmeren Lage als zur Zeit des schweren Wizzard vom Jahre 1888. Da die Flüsse zugefroren, ist auch die Schifffahrt stark beeinträchtigt; die Fähren können den Dienst nur unregelmäßig versehen. Ein Fährboot, das mit Passagieren voll besetzt war, wurde abgetrieben und befand sich in einem hilflosen, sehr kritischen Zustand. Glücklicherweise gelang es noch durch Schlepper, das Fahrzeug in Sicherheit zu bringen. Hunderttausende von Angestellten konnten sich nicht an ihre Arbeitsplätze begeben. Die Stadt leidet großen Mangel an Nahrungsmitteln und Kohlen. Der Lokalverkehr beschränkt sich fast nur auf die Untergrundbahn. Der Besuch der Börse ist in diesen Tagen geringer als je.

Reichstag.

Sitzung vom 3. März.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen auf eine Anfrage des Abg. Reil (Soz.) wegen Erkrankungen beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigsburg erklärt württembergischer Generalmajor v. Gräbenitz: Die Erkrankungen im württembergischen Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigsburg sind günstig verlaufen und sämtliche Mannschaften sind genesen. Die Ursache des Paratyphus, der infolge des Genußes von Wurst entstanden ist, hat sich nicht feststellen lassen. Soweit die Untersuchung abgeschlossen ist, ist weder bei der Herstellung, noch bei der Abnahme der Wurst etwas veräußert worden.

Auf eine Anfrage des Abg. Breh (Soz.) wegen der Explosion in der Kummelsburger Anilinfabrik erwidert Ministerialdirektor Caspar: Der Reichsanwalt hat das Reichsamt des Innern sofort beauftragt, die Ursachen des Explosionsunglücks in der Anilinfabrik in Kummelsburg festzustellen. Ausgegangen ist die Explosion von einem Apparat, in dem Nitrobenzol hergestellt wurde. Der Apparat war aber in der allgemein üblichen Weise gebaut worden und so war es nicht möglich, die Ursache des Unglücks festzustellen. Sobald die Ursache feststeht, wird die Reichsregierung nicht zögern, Maßnahmen zu treffen.

Bei fortgesetzter Beratung des Postetat trat Abg. Kiel (Sp.) für die Wünsche der Postbeamten ein. — Abg. Martin (Rp.) bestritt, daß die Postbeamten ausbeutet würden, und wies auf die großen Erfolge der drahtlosen Telegraphie hin. In der kabinetsmäßigen Postangelegenheit hätten Oberst v. Reuter und der Staatssekretär korrekt gehandelt.

Staatssekretär Kräfte:

In der Art, wie wir unsere Gehilfen in das Amt einführen und auf die Prüfungen vorbereiten, glauben wir, auf dem richtigen Wege zu sein. Die Fernsprechtgebührenordnung wollte die Telefongebühren auf dem platten Lande verringern. Die Volkspartei hat das aber abgelehnt. Jetzt unterhalten sich manche Leute viertelstündlich über eine Gesellschaft vom Abend vorher und denken nicht daran, daß zehn andere Personen dringend auf Anschluß warten. Das ist der Uebelstand des jetzigen Tarifs. Es ist den Beamten nicht verboten, Petitionen einzureichen. Sie können das auch tun, ohne die Vorgesetzten zu verständigen. Ich hindere die Abgeordneten nicht, in die Versammlungen von Postbeamten zu gehen. Sie sollten aber nicht ohne weiteres alle dort geäußerten Wünsche für berechtigt erklären, sondern erst die Ansicht der Verwaltung hören. Die telefonische Verbindung mit England beschäftigt uns seit Jahren fortgesetzt. Jetzt gibt es zwei Kabel, eins von Calais nach Dover, das andere von Belgien nach England. Gelingt auch ein holländisches Kabel, dann wird man auch ein deutsches einrichten können. Allerdings werden die Gespräche sehr teuer werden, 10 bis 15 Mark für drei Minuten. Den Postagenten kommen wir soweit wie möglich entgegen.

Auf Beschwerden des Abg. Brandys (Pole) erklärte der Staatssekretär, mit dem Markenverein nie in Verbindung getreten zu sein. — Abg. Werner (Wirtsch. Vrg.) wünschte eine Neuordnung der Personalordnung und trat für die Diktaturzulage ein. — Abg. Jubeil (Soz.) polemisierte gegen den Staatssekretär. — Staatssekretär Kräfte trat Angriffen des Redners auf Berliner Postdirektoren entgegen. — Mittwoch: Weiterberatung.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 3. März.

Die erste Beratung der Novelle zum Kommunal-Abgabengesetz wird fortgesetzt, nachdem einige sozialdemokratische Mitglieder des Hauses vereidigt worden sind.

Abg. Althoff (Ntl.): Man darf nicht vergessen, was die Gemeinden in der letzten Zeit auf dem Gebiete der Hygiene und der Sozialpolitik geleistet haben. Das kostete Geld, und es ist natürlich, daß sich die Gemeinden nach neuen Steuerquellen umsehen. Erstreutlich ist die Besteuerung der fiskalischen Betriebe durch die Vorlage. — Abg. Schrader (Ntl.): Die Industrie ist schon jetzt vielfach der Hauptsteuerzahler, daher ist die neue Belastung der Bergwerksunternehmungen nicht zu billigen. — Abg. Baerwald (Rp.): Bei Bearbeitung des Gesetzes muß dafür gesorgt werden, daß nicht einzelne Gewerbebetriebe wie bisher in ungerechter und einseitiger Weise zur Besteuerung herangezogen werden. Die Eisenbahn muß zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Eine gesunde Bodenpolitik muß den Schäden der Baupetitionen entgegenarbeiten. — Die Besprechung schließt. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgt die zweite Beratung des Ausgrabungsgesetzes. Nach Ablehnung zweier Abänderungsanträge Ling (Ztr.) wird das Gesetz unverändert in zweiter Beratung angenommen. Ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen wird der Entwurf über die Ausdehnung des Moratoriumsgesetzes auf die Provinzen Pommern und Schleswig-Holstein. Sodann folgt die erste Beratung des Entwurfs über

Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Landes- und Innungskassen.

Abg. v. d. Osten (Ntl.): Wir sehen in dem Gesetz, das die Beamten der Krankenkassen und Innungskassen, denen nach § 359 der Reichsversicherungsordnung die Rechte und Pflichten der gemeindlichen Beamten übertragen werden, den nichtrichtlichen Beamten gleichstellt, eine erwünschte und zweckmäßige Regelung. Wir beantragen aber, den Entwurf an die Kommission für Handel und Gewerbe zu verweisen. — Abg. Gottschalk (Ntl.): Mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden. — Abg. Lippmann (Rp.): Prinzipiell sind wir dafür, daß für die in Frage kommenden Kassenbeamten ein Disziplinarrecht geschaffen wird. Wir wenden

uns jedoch dagegen, daß politische Betätigung der Kassenkassenbeamten außerhalb des Dienstes den Anlaß zur Entlassung geben könnte. Wenn das Gesetz als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie gedacht ist, so ist es dazu völlig ungeeignet. (Beifall links.) — Abg. Braun (Soz.): Wir stehen dem Gesetz durchaus ablehnend gegenüber und sind auch gegen die Kommissionsberatung. Wir können nicht einsehen, daß ein Grund für ein solches Gesetz vorliegt. Man will eben alle Kassenbeamten unter die Fuchtel der Regierung bringen. Durch den Entwurf würde man nur kriegerische Kassenbeamten schaffen und man würde das Vertrauen der Versicherten verlieren. (Beifall bei den Soz.)

Handelsminister v. Sydow:

Ich begreife, daß sich der Vorredner nach den schönen Zeiten des alten Kassenkassengesetzes zurücksehnt. Nach dem alten Wahlrecht war ganz zweifellos ein Übergewicht der Sozialdemokratie zu verzeichnen, die Vorstände wurden nach der politischen Gesinnungsfähigkeit ausgesucht. Änderungen des früheren Zustandes auch auf dem Gebiet des Beamtenrechts haben sich als notwendig herausgestellt. Ein entschiedener Vorteil der neuen Vorlage ist, daß die Beamten eine gewisse Sicherheit gegen vorzeitige willkürliche Entlassung erhalten, namentlich die auf Kündigung angestellten. Gerade darunter haben bei dem früheren Krankenversicherungsgesetz auch viele Kassenkassenangestellte gelitten, daß sie bei dem Wechsel in der politischen Richtung des Kassenvorstandes ihre Stellung verloren, auch wenn sie bewährte Kräfte waren. Die Regierung will durch diesen Gesetzesvorschlag dazu beitragen, daß sachlich tüchtige Leute an die Spitze der großen Kassen kommen.

Abg. Gronowski (Ztr.) begrüßt den Entwurf. Abg. Gamp (Ntl.): In Großstädten sind heute noch die Kassenkassen mit der Sozialdemokratie aufs engste verknüpft. Abg. Braun (Soz.) weist Angriffe auf seine Partei zurück. In dem verstorbenen Bebel sei geradezu eine Leichenfeier verübt worden, indem man ihm ein Millionenvermögen in die Tasche legte. Abg. Gronowski (Ztr.): Die Beamten der Kassenkassen müssen ihre Geschäfte durchaus unparteiisch führen. — Der Entwurf geht an die Handels- und Gewerbekommission.

Es folgt die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung. Handelsminister Sydow erklärt auf Anfragen: Wir bemühen uns seit Jahren, die Sonntagsruhe auf den großen Strömen einzuführen. — Auf Antrag Schröder (Ntl.) kommt ein Antrag Krause zur Besprechung, Maßnahmen zu treffen, die bei der Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse einen wirksamen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen gewährleisten. Mittwoch: Weiterberatung.

Deutschland.

— In Wilhelmshaven findet vor dem Kaiser die Vereidigung der Marineoffiziere statt. Der Kaiser wird dabei zum erstenmal von dem neuen Stationschef, Admiral von Heeringen, empfangen werden. Später unterzieht der Kaiser nach alter Gepflogenheit die Vergrößerungen und Verbesserungen der Nordsee-Station einer persönlichen Inspektion. Diesmal werden es vor allem die Erweiterungsarbeiten südlich des Ems-Jade-Kanals, die Errichtung neuer Liegeplätze für die Kriegsschiffe, der neue Torpedobootshafen und die sonstigen Arbeiten zur Werftvermehrung sein. Bei einer Besichtigung der Marineverft wird der Kaiser das Großlinienschiff „König“ in Augenschein nehmen, das jetzt seiner Bauvollendung entgegengeführt wird. Ferner findet der Kaiser auf der Wilhelmshavener Werft den ersten von ihr gebauten Linienkreuzer („Graf Scharnhorst“) auf der Helling vor, der seinem Ablauf entgegensteht.

— (Der Reichskanzler in Hamburg.) Der Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg, der in Hamburg eingetroffen ist, begab sich Dienstag vormittag, begleitet vom Präsidenten des Senats, Bürgermeister Preußner, und in Begleitung des preussischen Gesandten v. Bülow und des Legationssekretärs v. Bonin sowie von Mitgliedern des Senats und anderen zur Werft von Blohm u. Voß. Auf der Fahrt dorthin wurde der Eisenbahn bestiegen. Auf der Werft besuchte der Reichskanzler die Turbinen-Werftstätte sowie das im Dock liegende Schwefelschiff des „Imperator“, „Waterland“, und das dritte, bereits auf Stapel liegende Schiff der Imperator-Klasse. Von der Werft aus wurde auf dem Staatsdampfer „Hamburg“ eine Fahrt durch die Häfen angetreten, wobei der Reichskanzler am Dampfer einen Schuppen bestieg. Kurz nach 12 Uhr erfolgte die Landung an der St. Pauli-Landungsbrücke, worauf die Rückfahrt zur preussischen Gesandtschaft angetreten und unterwegs das Bismarckdenkmal bestiegen wurde.

— (Der Lebensabend des Sufaren-generalis.) Keinen gerühmten Lebensabend, sondern Arbeit und fröhliche Zerstreuung bis zum Ende, das war der Wunsch, den der Staatsminister und General Viktor v. Bobelski sich selbst und allen Kameraden auf dem Feste ausdrückte, das diese zu Ehren seines 70. Geburtstages dem Schöpfer des Deutschen Stabes im Kriegervereinsbau zu Berlin veranstalteten. Launig gebachte der Jubilar seiner ministeriellen Tätigkeit, meinte aber, daß er sich mit dem ewigen Naß der Linie niemals im Leben verheiratet hätte. Er sei Soldat und fühle sich als solcher unter den alten Kameraden am wohlsten, denn auf der Kameradschaft sei das ganze Soldatenleben aufgebaut. „Ich habe“ einen Kameraden“ singt schon der jüngste Soldat. Aus dem jungen Leutnant sei der alte Reitermann geworden, der sich auf metallenen Stiefeln, sein Herz aber sei lustig geblieben. Wenn man ihm einen gerühmten Lebensabend wünsche, so müsse er das ablehnen, das stehe einem Reitermann nicht an. Der schwinge seinen Säbel und ihn beherrschte bis zum letzten Hauch ein jugendlicher Zug und nicht ein melancholischer. Reitermännern haben noch nie eine Schlacht gewonnen;

der Optimismus allein und die Ueberzeugung ist es, die sagt: Ich siege.

— Der verstorbene Bischof Dr. Voß, der das Opfer einer Blutvergiftung geworden ist, war am 25. Oktober 1841 zu Borken in Westfalen als Sohn eines Uhrmachers geboren. Nach



Dr. Hubertus Voß, Bischof von Osnabrück

Beendigung seiner theologischen Studien in Münster und Bonn wurde er am 1. Februar 1866 zum Priester geweiht. Darauf wirkte er einige Jahre hindurch als Domvikar und Domprediger in Münster, wo er 1892 zum Seminarregent und Domkapitular ernannt wurde. Im April 1899 erfolgte seine Wahl zum Bischof von Osnabrück und im Oktober desselben Jahres wurde er feierlich inthronisiert. Dr. Voß bekleidete gleichzeitig die Würde eines apostolischen Provikars für die Norddeutschen Missionen Deutschlands und eines Administrators der apostolischen Präfectur Schleswig-Holstein.

— (Kein Reichstags-Schluss, sondern Vertagung.) Es läßt sich heute deutlich übersehen, daß trotz der bereits zweimal erfolgten Vertagungen auch der laufende Sessionsabschnitt nicht geschlossen, sondern wiederum nur vertagt werden wird. Einige zwanzig Kommissionen befinden sich noch in voller Tätigkeit mit der Vorbereitung der ihnen überwiesenen Gesetzentwürfe, ihre Zahl wurde jedoch wieder durch die Kommission vermehrt, der der Entwurf über die Gehaltserhöhung der Reichsbeamten zugeleitet wurde. Diese Kommission hat eine sehr langwierige Arbeit zu verrichten wegen der Fülle von Einzelwünschen, die in ihr werden erhoben werden. Dabei ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Regierung über den von ihr in der Befolgungsnovelle gezogenen Rahmen nicht hinausgehen wird. Auch auf die päpstliche Verabschiedung des Etats zum ersten April hat man heute schon verzichtet. Zu Pfingsten wird die große Sommerpause eintreten. Die Abgeordneten selber haben von den Vertagungen einen kleinen Vorteil. Ihre Freizeiten, die beim Schluss einer Session ihre Galtigkeit verlieren, gelten für die Dauer der Vertagung bis zum Beginn des neuen Sessionsabschnittes im Herbst.

— Die Kommission für die Sonntagsruhe nahm die Anträge an, die in Gemeinden unter 75 000 Einwohnern eine dreistündige Arbeitszeit zulassen, in solchen von 10 000 bis 75 000 eine Erweiterung um eine Stunde und in kleineren eine solche um zwei Stunden durch die obere Verwaltungsbehörde gestatten.

— Gegen Soldatenmißhandlungen sprach sich der bayerische Kriegsminister in einem hohen veröffentlichten Erlasse aus. Er verbietet darin erneut rohe Behandlung der Mannschaften und gewohnheitsmäßigen Gebrauch von Schimpfwörtern und fordert scharfe Bestrafung jedes Vorgelegten, ohne Ansehen des Ranges, der die Vorschriften verletzt. Besonders wird eine gründliche Erziehung der Unteroffiziere eingeschärft und hervorgehoben, jeder Soldat müsse das Empfinden haben, daß seine Vorgesetzten auf gute und gerechte Behandlung sehen.

— (Einstellung des Strafverfahrens gegen den „Zaberner Anzeiger.“) Die vom General v. Deimling, Leutnant v. Forstner und dem Sergeanten Böckig gegen den Verleger des „Zaberner Anzeiger“ anhängig gemachten Strafverfahren sind durch Strafkammerbeschluss eingestellt worden.

Ausland.

Vom Balkan.

— In Epirus ließ der Führer des Aufstandes, der angeführte albanische Notabeln gefangen nehmen und mit Erschießung bedrohen, wenn sich die albanische Bevölkerung der Unabhängigkeitsbewegung widersetze.

— (Heirungen seiner Söhne bereiten dem Könige von Montenegro Kummer. Der zweite Sohn des Königs, Prinz Mirko, hatte sich während der Belagerung Sutars in eine französische Krankenpflegerin, Amalie Frissee, verliebt und war mit ihr durchgebrannt. Vom Vater zurückgekehrt und nach Antibari geschickt, knüpfte der Prinz ein Verhältnis mit einer dortigen Hotelwirtin an. Prinz Mirko trieb es so weit, daß jetzt seine Gemahlin, die Prinzessin Natalie, eine Tochter des russischen Großfürsten Konstantin, die Scheidung der Ehe beantragte.

Amerika.

— Das deutsche atlantische Geschwader ist jetzt Gegenstand vieler Erregungen in Rio de Janeiro. Brasilien, die südlichste unter den südamerikanischen Republiken, unterhält zu Deutschland sehr gute Beziehungen, die deutsche Infrastruktur in Meer und Marine hat die Brasilianer zur Dankbarkeit verpflichtet. Die Bevölkerung von Rio de Janeiro hat es zum Wohlstand gebracht, sie überbot sich in Einladungen zu glanzvollen Festen für die deutschen Marineoffiziere und Soldaten. Der Zweck der Ausreise des deutschen atlantischen Geschwaders ist bekanntlich, die deutsche Flagge

von einem der stattlichsten deutschen Schiffe im Ausland zu zeigen und gleichzeitig, die Leistungsfähigkeit des Dreadnoughts auf großer Fahrt zu erproben.

— (Nordbrasilien im Aufruhr.) Im Staate Ceara, im Norden der Vereinigten Staaten von Brasilien, ist, mit der Wahl eines neuen Präsidenten, eine Revolution ausgebrochen. Die Lage ist ernst. Ein brasilianisches Geschwader wird in Fortaleza, der Hauptstadt der Provinz, erwartet. Dr. W. Bras ist zum Präsidenten der brasilianischen Republik gewählt worden. Den Posten des Vizepräsidenten erhielt Urbano Santos.

Westfalen u. Rheinland.

— Dortmund, 4. März. Der Westfälische Schuhmacher-Innungsvorstand hielt Sonntag im „Hilfshof“ einen aus allen Teilen der Provinz gutbesuchten Obermeisterabend, an dem u. a. auch Vertreter des Zentralverbandes und der Handwerkskammern Dortmund, Bielefeld und Münster teilnahmen. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen hielt der Geschäftsführer der Dortmund Handwerkskammer, Moritz, einen Vortrag über die Tätigkeit und Organisation des Gewerbe- und Handwerkskammertages, wobei er auch die von dieser Stelle ausgearbeitete Denkschrift zur Reform der Handwerksverfassung besprach. In dieser Denkschrift wird bekanntlich gefordert, daß der Begriff „Fabrik oder Handwerk“ klar gefaßt werde. Größere Betriebe sollen nicht einfach als Fabrikbetriebe angesehen werden, sondern man will die Beurteilung dieser Frage von der Art der Beschäftigung abhängig machen. In der Denkschrift wird ferner verlangt, daß das Wort „Zwangsinnung“ in Westfalen kommen und durch das Wort „Pflichtinnung“ ersetzt werden möge. Man tritt auch dafür ein, daß in Zukunft die Handwerkskammern in allen wichtigen Handwerksfragen gehört werden. In der Frage der Vergütung der staatlichen Arbeiter verlangt die Denkschrift, daß auch dem selbständigen Handwerker ein angemessener Teil dieser Arbeiten zugewiesen wird. Angestrebt wird ferner die Reform der Gewerbesteuer, dahingehend, daß auch die Betriebe der Rechtsanwälte, soweit sie nach Abzug der Schuldenzinsen 4000 Mark abwerfen, zur Steuer herangezogen werden können. Der Referent erweiterte sodann die Frage der Handelsverträge. Er führte aus, daß die Handelsverträge dem Handwerker bisher keinen Nutzen gebracht hätten; deshalb sei es an der Zeit, bei der Erneuerung der Verträge auf dem Posten zu sein. Im Anschluß an den Vortrag befaßte sich der Obermeisterabend mit der Ausgestaltung der Verbandstage. Die übrigen Verhandlungspunkte betrafen innere Angelegenheiten des Verbandes. Der diesjährige Verbandstag des Westfälischen Schuhmacher-Innungsvorstandes soll am 16. August in Bielefeld abgehalten werden.

— Dortmund, 4. März. (Schwurgericht.) Wegen verdächtigten Totschlags hatte sich gestern der Bergmann Franz Guzik aus Brambauer, der am 21. Sept. 1884 im Kreise Meseritz geboren ist, zu verantworten. Es wird ihm zur Last gelegt, am 6. September v. Js. vier Revolverkugeln auf den Bergmann Stefan Posletnic abgegeben zu haben, in der Absicht, diesen zu töten. In diesem Falle kann man auch, wie der Angeklagte selbst, sagen: Die Frauen sind schuld an allem Uebel, denn die Frauen der beiden Obengenannten lagen fortwährend in Streit, und dieser Zustand ging auch auf die Männer über. Am 6. Sept. kam der Angeklagte von der Schicht, kehrte in eine Wirtschaft ein und traf dort unglücklichweise seinen Widersacher Posletnic. Beide gerieten bald aneinander, und als der Angeklagte die Wertschaft verließ, soll ihm angeblich Posletnic gefolgt sein und ihm zugerufen haben: „Du bleib mal stehen!“ Guzik wandte sich um, wie er ärgert, um, wurde sofort von P. angegriffen, ins Gesicht geschlagen, und dann lief sein Angreifer davon, um sich in der Nähe seiner (des Angeklagten) Wohnung lauend aufzustellen. Als er, Guzik, dann herangekommen sei und den Mann bemerkt habe, zog er ein Instrument aus der Tasche, das einem Revolver glich, und hielt es dem Posletnic entgegen. Auf die Frage des Vorstehenden, ob dieses Instrument kein Revolver gewesen sei, zog der Angeklagte, den man auf freiem Fuß belassen hatte, ein gläsernes Ding aus der Tasche, bei dessen Anblick — ein unterdrücktes Lachen im Saal sich bemerkbar machte, denn das Ding hatte eine große Ähnlichkeit sowohl mit einem Revolver wie mit einer Schnapsflasche, und letzteres war es auch. „Mit dem Ding kann man doch keinen Menschen tödlichen“, meinte er. Die Frau des Posletnic behauptet dagegen, daß sie vier Schüsse auflösen sah und im Feuerfeld den Angeklagten bestimmt als den Schützen erkannte. Ihr Mann will die Augen um seinen Kopf haben pfeifen hören, und zwei kleine Mädchen, die, wie der Staatsanwalt selbst durchblicken ließ, ihre Aussagen augenscheinlich auswendig gelernt haben, haben schon beim ersten Vorfall gesehen, daß der Angeklagte den Posletnic mit einem Revolver bedrohte. Die Sache beschäftigte, als Verdrohung, am 16. Januar d. Js. das Schöffengericht in Gelsen, das sich damals auf Grund der Zeugenaussagen unzufällig erklärte und sie an das Schwurgericht verbot. Der Staatsanwalt glaubte heute auch nicht an einen verdächtigten Totschlag, sondern daß die Geschworenen, den Angeklagten schuldig der Verdrohung zu sprechen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt der Frau, bezeichnete die Aussagen der Zeugen als vollständig unzuverlässig und plädierte für Freisprechung. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, sodaß Freisprechung erfolgen mußte.

— Duisburg, 4. März. (Ertrunken.) Der 12 Jahre alte Schüler Wilhelm Weiß aus Weidenrieder spielte mit einem Freund am See. Sie bestiegen ein Boot, um zu einem Schiffe zu rudern. Hierbei stürzte Weiß aus dem Boot und ertrank.



Zubeißen fuhr wie ein Witz der Gedanke an Salbe in die düstere Nacht seiner Gedanken.

Das ist es noch, das alte, stobe Haus,
In dem die Mutter mit zum Schlaf gienge,
Und meines Kindertraumes Dichtgeflalt
In meine Westflatt kûgend sich geschmiegt.
Und fiber meine reine Kinderflutt
Sich gart und leise, Mûrchen flûssend, bog
Von denen keines, auch das schônste nicht,
Mir helfen Trau im Sonnenhelle raht.

Da ist das traute
Giebelfenster noch,
Wohin dem sieh meine Jugend
Späher blickt,
Und schaut die stille Gasse
Sich hin,
Ob er bald kommt, für den sie
Sich gekümmert hat.

Sieh schone freundlich grüßend
Zu ihr auf,
Da wendet sie das junge
Engelst,
Und schaut mit kühnem, fremdem
Aug' mich an,
Und schüttelt stumm das Haupt
Und kenne mich nicht.

Im Garten thauet noch der alte Gatterort.
Es ist von einstmals noch derselbe Klang.
Doch fremde Menschen treten draus hervor —
Wie klopft das Herz mit einermal so bang!

Im Heimathort das teure Vaterhaus
Widert über Freuden süßigend nun kein Dach
Ich aber bleibe in die Welt hinaus
Und meinen Schritten folgt das Heimweh

Johanna Weisheit, Wiesbaden.

— einjam!

Stiefel dauerhaft

belegte man die Sohlen mit
wiederholte nach dem Trocknen
strich. Die Sohlen werden das-
d wasserdicht. Der Ueberzug
Wohnen erneuert werden.

3. sauber, wenn man sie mit
und warmem Salzwasser rei-
nigt, alten Seinen trocken reibt
und nachtrocknen läßt.

3 idernes Geschirr aufs Feuer gesetzt werden, stelle einen großen Topf mit Wasser hinein, lege den neuen Kessel hinein und bringe das Wasser zum Sieden, worauf man es ungefähr 10 Minuten kochen läßt. Man

Gerath vom Feuer und laßt
 er, bis das Wasser ganz koch-
 t. Ist der neue Topf so groß,
 so alten keinen Platz findet, so
 selbst mit kaltem Wasser und
 kochend des Kochens auf einem
 Theil der Herdplatte oder auch
 auf den Bratpfen. Nachdem er

Einmal gekauten gut, nicht
eine heiße Stelle — aber nicht
zu heiß — und lasse das Wasser
zu kochen; dann lasse man es im
Kochtopf stehen. So behandelte Löpfe
sind, als solche, die man gleich
braucht hat.

weise hergestellt, ist eines der besten Mittel für Ausgüßdecken. Wirkt man die Porzellan-
en tüchtig damit aus, so ver-
Geruch.

schön creme zu färben.
in der Apotheke für zehn
umainfektur, gleiche davon, je
hell oder dunkel creme zu
in Wasser und schenke den

off darin tüchtig durch. Dies
ist viel einfacher und auch wohl-
feil als das Gärben mittels Flieder-
oder
er Kaffee, und erzielt ein un-
terschieden

zu 10 oder 20 Pf. festige
Grenzfärbe für Gardinen zu
sein Delgemälde

nachdem man es aus dem
nen hat, ein Tuch deckt, das
darüber feucht hält, bis es
aus dem Gemälde ausgezogen
rät man das Bild behut-

mit Weinöl, welches vorher
 schon eingestanden hat und da-
 her schon eingewirkt ist. Durch diese Be-
 handlung wird das gute Aus-
 sehen wieder hergestellt.

und das Gno künert. Setze
rben auf. Höchstens darf man
tze Tropfen Salzwasser zu-
füge zu vertreiben.

Da die Mäuse den Geruch
nicht mehr aufzufassen

...the same way ...

der
rfor-
ist
alles
wen-
regel
in
Auf-
Be-
für-
Be-
n Gr



